Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld, durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 15 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 20 Pfg. im Reklameteil 60 Pfg., für Ehrenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 35 — Mittwoch, den 11. Februar 1920 — 46. Jahrg.

Paul Rohrbach über Monarchie und Republik.

Der aus der national-sozialen Partei hervorgegangene Dr. Paul Rohrbach hat im Verlag von J. Engelhorns Nachfolger in Stuttgart eine Broschüre erscheinen lassen (Preis 1,50 ℳ), die sich in trefflicher Weise mit der Frage beschäftigt, welche Regierungsform augenblicklich in Deutschland möglich ist. Die Ausführungen Rohrbachs haben deshalb besondere Bedeutung, weil dieser als überzeugter Monarchist doch zu dem Ergebnis kommt, daß augenblicklich nur die Republik die einzig mögliche Staatsform in Deutschland sei. Die Schuld daran, daß wir den Krieg verloren haben und daß die Monarchie zusammengebrochen ist, sieht Rohrbach darin, daß uns die Politik der großen Idee gefehlt hat, durch die Bismarck seine Erfolge errang. Vom friedericianischen Militarismus, der den Militarismus in den Dienst des Staates stellte, waren wir zum wilhelminischen Militarismus übergegangen, der weder zur Fassung einer großen Idee noch eines raschen Entschlusses geeignet war. Kaiser Wilhelms Charakter nennt Rohrbach einen unpaßierbaren Filter für große Ideen und große Männer.

Wir haben den Fehler begangen, durch den Einmarsch in Belgien, den Bismarck bei der Krisis des Jahres 1887 entschieden zurückgewiesen hat, unseren Feinden einen ideenpolitischen Kampfaktor zu schaffen, dem wir kein entsprechendes Gegengewicht auf deutscher Seite gegenüberstellen konnten. Die innere Geschlossenheit war nicht aufrecht zu erhalten, da die Monarchie nicht den Mut aufbringen konnte, das preußische Dreiklassenwahlrecht zu beseitigen. Vollends unmöglich aber machte sich die Monarchie, als der Kaiser nach der Annahme der Zuliresolution durch den Reichstag im Jahre 1917 nicht den Mut der Entscheidung in der belgischen Frage fand. Daran brach die Heimatfront zusammen, man glaubte im deutschen Volke nicht mehr, daß die Regierung, die in diesem Falle mit der Person des Kaisers zusammenfiel, ehrlich den Frieden wolle. Die Rückkehr der Monarchie hält Rohrbach also zur Zeit für unmöglich und sieht die einzig mögliche Lösung in einer demokratischen Regierung, die den nationalen Gedanken und den sozialen Fortschritt auf ihre Fahne geschrieben hat. „Wenn es der Republik gelingt, Deutschland die Führer zu schaffen, die es zum Wiederaufstehen braucht, so wird alle monarchistische Propaganda der Zukunft von selber kraftlos bleiben," meint Rohrbach. „Gelingt aber der Republik diese Aufgabe in absehbarer Zeit nicht, fängt das Volk an zu fragen, wo bleiben die, die uns im Namen der Republik zu besseren Tagen führen sollten, wir sehen sie nicht! — so werden sich seine Augen naturnotwendig wieder der monarchischen Propaganda zuwenden, und niemand wird es daran hindern können. Zeigt diese Propaganda dann wirkliche Führerpersönlichkeiten am Werk und zeigt sich ein Träger des alten monarchischen Gedankens in Deutschland, dessen Persönlichkeit in den entscheidenden Berufen und Schichten im Volk Vertrauen erweckt, so werden die Tage der deutschen Republik gezählt sein. Wahnsinn aber ist es, wenn heute jemand an die Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland mit äußeren gewaltsamen Mitteln, durch Putsche und dergleichen, denkt. So etwas zu planen bedeutet den Bürgerkrieg, und wenn es Leute gibt, die daran denken, so darf das nationale Verbrechen, auf das sie ausgehen, moralisch darum kaum milder beurteilt werden, weil sein Zusammenbruch schon in den Anfängen sicher vorausgesehen werden kann.

Gegen die Auslieferung.

Die Parteien hinter der Regierung.

Aus Berlin wird berichtet: Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten ist am Montag nachmittag zusammengetreten und hat in mehrstündiger Beratung im großen und ganzen sein Einverständnis mit der Haltung der Regierung ausgesprochen. Er hat sich aber vorbehalten, daß er vor neuen Entscheidungen gehört wird, und es darf angenommen werden, daß deshalb die Nationalversammlung nicht vor dem ursprünglich angesetzten Termin, also etwa Ende Februar, einberufen werden wird. Die Aussprache wurde eingeleitet durch ein längeres Referat des Ministers des Äußern Müller, der feststellen konnte, daß auf seiten unserer Gegner in der Auslieferungsfrage keine Einhelligkeit bestehe. So haben beispielsweise alle feindlichen Militärmissionen in Berlin sich gegen die Auslieferung ausgesprochen, ebenso die englische Marine und die englischen Flieger. Herr Müller unterstrich besonders, daß das Verhalten des deutschen Geschäftsträgers Frhr. v. Lersner im ganzen Auslande ausgezeichnet gewirkt habe. Er habe der Entente bereits bei der ersten Gelegenheit gezeigt, welche Widerstände die deutsche Regierung auch bei ihren Beamten in der Frage der Auslieferung zu überwinden hätte. Herr Müller kam schließlich zu dem Ergebnis:

„Es kann angedroht werden, was will; wir sind physisch außerstande, auszuliefern."

In der Aussprache ging seinen besonderen Weg nur der Unabhängige Cohn, der auch als einziger bereits im Besitze der Auslieferungsliste war. Er teilte daraus u. a. mit, daß Herr v. Bethmann nicht wegen Verletzung der belgischen Neutralität, sondern wegen der Verantwortung für die Deportationen belgischer Funktionäre verlangt wird. Mit allen Zeichen der Entrüstung verlas er, daß Generalfeldmarschall v. Mackensen durch seine Soldaten 15 Tage lang Belgrad habe plündern lassen und deshalb zur Bestrafung verlangt werde. Für Herrn Cohn ist das ganze nationale Empfinden etwas lächerlich Konstruiertes. Er begriff deshalb auch nicht, weshalb das deutsche Volk Wert darauf lege, die Aburteilung durch seine eigenen Gerichte erfolgen zu lassen. Für seine ganze Geistesrichtung ist es aber doch bezeichnend, daß Cohn Herrn Roske aus einem gemeinsamen Frühstück mit dem englischen Geschäftsträger und dessen Militärattaché einen Vorwurf konstruierte, weil dadurch der alte Fehler der deutschen Politik, der Versuch, unsere Gegner zu entzweien, wieder aufgenommen werde.

Der Minister Müller teilte bei einer zweiten Rede noch mit, daß die von uns schon

angekündigte Gegenliste,

worin auf Grund des zahlreichen deutschen Materials Anklage gegen die feindlichen Staatsmänner und Offiziere erhoben werde, demnächst veröffentlicht werden soll.

Neueste Nachrichten.

Eine neue Auslieferungsforderung an Holland.

Amsterdam, 10. Febr. (Priv.-Telegr.) Die Londoner Times berichten, daß der Oberste Rat in Paris eine neue Note über die Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers verfaßten, die der Regierung der Niederlande überreicht werden soll. Diese Note wird in London bei der Zusammenkunft der alliierten Minister besprochen werden.

Steigerung der Förderung im Ruhrrevier.

Essen, 10. Febr. (T.-U.) Auf den Thyssenschen Zechen im Hamborner Bezirk werden seit kurzer Zeit in großem Umfange Überschichten verfahren, die bisher zu einer Steigerung der durchschnittlichen Förderung um 30 Prozent führten. Die Bereitwilligkeit zur Leistung von Überschichten, für welche außer 25 Prozent Lohnzuschlag Lebensmittel zu billigen Preisen geliefert werden, nimmt jetzt auch unter den Belegschaften der anderen Ruhrzechen zu.

Besuch preußischer Minister in Düsseldorf.

Düsseldorf, 10. Febr. (Priv.-Telegr.) Gestern weilten der preußische Ministerpräsident Hirsch, der Handelsminister Fischbeck und der Wohlfahrtsminister Stegerwald in Begleitung des Oberpräsidenten v. Groote in Düsseldorf. Nach einer Besprechung mit der Provinzialverwaltung fand eine Konferenz mit Vertretern von Industrie, Handel und Gewerbe statt. Von dort aus begaben sich die Herren nach dem Rathaus, wo der Ministerpräsident Hirsch auf eine Anfrage des Oberbürgermeisters erklärte, der Gedanke einer Industrieprovinz sei nicht von der Regierung ausgegangen, die Regierung habe nichts mit dem Plan zu tun. Die Minister hätten sich auf ihrer Reise überzeugt, daß die Absonderungsbestrebungen von Preußen bei den maßgebenden Personen und Organisationen im Rheinland nicht vorhanden seien. Die Minister werden voraussichtlich heute früh die Rückreise nach Berlin antreten.

Doch 100 Prozent Fahrpreiserhöhung.

Dresden, 10. Febr. (T.-U.) Die Sächsische Staatszeitung meldet: Entgegen anders lautenden Meldungen erfahren wir an zuständiger Stelle, daß die Preise für den Personenverkehr doch um volle 100 Prozent erhöht werden statt der gemeldeten 75.

Die Rechte Norwegens auf Spitzbergen.

Paris, 10. Febr. (T.-U.) Gestern nachmittag ist im Ministerium des Auswärtigen ein Vertrag zwischen Amerika, England, Dänemark, Frankreich, Italien, Japan, Norwegen, Holland und Schweden wegen der Rechte Norwegens auf Spitzbergen unterschrieben worden.

Schließung weiterer Eisenbahnwerkstätten.

Berlin, 10. Febr. (T.-U.) Wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes mußte die Eisenbahnwerkstätte in Berlin-Grunewald geschlossen werden. Sie wird erst dann wieder eröffnet werden, wenn sich eine bessere Leistungsfähigkeit erzielen läßt.

Magdeburg, 10. Febr. Gestern morgen wurde die Eisenbahnwerkstätte Buckau wegen dauernder Unrentabilität geschlossen und die gesamte Belegschaft von 2400 Mann entlassen.

Auslieferungsverhandlungen mit Österreich.

Wien, 10. Febr. (T.-U.) Die Auslieferungsverhandlungen mit Österreich-Ungarn sind noch nicht entschieden. Auf der Liste steht angeblich auch der Erzherzog Friedrich. Es erwachsen der Entente daraus Schwierigkeiten, daß das Österreich-Ungarn, welches den Krieg herbeigeführt hat, heute nicht mehr besteht. Die Auslieferung ist schon deshalb undurchführbar, weil die meisten der Auszuliefernden jetzt Staatsangehörige der Nationalstaaten sind, die mit der Entente in bestem Verhältnis stehen.

Ein Verfassungsentwurf für Österreich.

Wien, 10. Febr. (Priv.-Telegr.) Staatssekretär Mayer veröffentlicht einen von ihm als Privatarbeit verfaßten Vorentwurf für die Verfassung der bundesstaatlichen Republik Österreich. Unter deren Ländern erscheint auch Deutsch-Westungarn, und als Bundeshauptstadt Wien. Der Verfassungsentwurf sieht einen aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Bundesrat und einen von den verschiedenen Landtagen beschickten Bundesrat vor.

Zeitungsverbote durch die Franzosen.

Mannheim, 10. Febr. Die Pfalzzentrale meldet: Sämtliche in Neustadt erscheinenden Tageszeitungen sind von dem französischen Kontrollofficier auf drei Tage verboten worden, weil sie ein Inserat über die Grenzsperre für die Abstimmungsgebiete veröffentlichten.

Keine Personalunion Belgien-Luxemburg.

Luxemburg, 10. Febr. (T.-U.) Bei der luxemburgischen Regierung ist ein Schreiben des Königs Albert von Belgien eingetroffen, in welchem er die Großherzogin Charlotte als Großherzogin von Luxemburg anerkennt. Damit ist die Frage der Personalunion zwischen Belgien und Luxemburg in verneinendem Sinne gelöst.

Die Auffassung des Auswärtigen Amtes, daß das Verhalten des Herrn v. Lersner gut gewirkt habe, finden wir auch bestätigt in einem Bericht, der uns von beachtlicher Seite aus Paris zur Verfügung gestellt wird. Wir entnehmen ihm, daß nach der Weigerung Lersners der Oberste Rat zunächst ratlos gewesen sei. Die Entente sei sich klar, daß Repressivmaßnahmen, also die Wiederaufnahme des Krieges, in der französischen Kammer keine Mehrheit finden würden, daß sie also schließlich auf den guten Willen Deutschlands angewiesen sei. Der Oberste Rat habe daher sogar erwogen, an Herrn v. Lersner heranzutreten und ihm verstehen zu geben, daß er bei seiner Ablehnung von falschen Voraussetzungen ausgegangen wäre. Da sei das Telegramm aus Berlin als eine Erlösung betrachtet worden, wonach Herr v. Lersner durch die deutsche Regierung bedauoniert worden sei und der Oberste Rat gebeten wurde, die Liste durch den französischen Geschäftsträger in Berlin überreichen zu lassen. Jedenfalls könne man sagen, daß die Sorgen in Paris größer wären als in Berlin, um so mehr, als auch aus amerikanischen Pressestimmen hervorgehe, daß in Amerika seine Partei mit der Auslieferung auch nur das Geringste zu tun haben wolle. Wir geben diesen Bericht wieder, ohne uns auf seine Einzelheiten festzulegen.

Die Begründung der Anklage gegen die deutschen Heerführer.

Der französische Teil der Auslieferungsliste ist außerordentlich umfangreich. Er enthält nicht nur die Angaben der Auslieferungsgründe, sondern auch einen großen Teil des Beweismaterials, das die französische Regierung gesammelt hat: Aufgefundene deutsche Armeebefehle, Aussagen von Kriegsgefangenen, sowie die Aussagen der Bevölkerung befinden sich in den Anlagen der Liste. Die Anklagen gegen eine Anzahl deutscher Heerführer, so vor allem gegen Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff, sind sehr allgemein gehalten. Gegen Hindenburg wird vor allem eine Unterredung vorgebracht, die er im ersten Kriegsjahre mit einem Berichterstatter eines Berliner Blattes gehabt hat. Weiter wird ihm vorgeworfen, die Verwüstung des Sommegebietes zielbewußt herbeigeführt zu haben. Gegen Ludendorff wird ein Armeebefehl zitiert, in dem es heißt, daß die französische Bevölkerung zu den Arbeiten herangezogen werden müsse, und daß kein französisches Mädchen weniger arbeiten dürfe, als die zurückgebliebene Bevölkerung Deutschlands.

Besonders umfangreich gestaltet sich das Anklagematerial gegen den ehemaligen deutschen Kronprinzen und den Kronprinzen Ruprecht von Bayern. Dem deutschen Kronprinzen wird planmäßige Zerstörung einer ganzen Reihe von Dörfern vorgeworfen. In der Anklage gegen den Kronprinzen Ruprecht bildet den wesentlichen Bestandteil ein Armeebefehl, in dem der Kronprinz seine Truppen angeblich auffordert, keine englischen Gefangenen mehr zu machen. Weiter werden gegen ihn Aussagen der Bevölkerung hervorgehoben, aus welchen angeblich hervorgehen soll, daß er der Urheber des Brandes von Cambrai gewesen ist. Feldmarschall v. Mackensen wird von den Rumänen und Serben gefordert. General v. Kluck wird für Todesurteile gegenüber französischen Bürgern verantwortlich gemacht. Großadmiral v. Tirpitz steht wegen des uneingeschränkten U-Bootkrieges auf der englischen Auslieferungsliste. Der Name Düsseldorf bezieht sich nicht auf den toten Generalfeldmarschall, sondern auf einen Kanonenoffizier gleichen Namens. Für die französische Psyche ist es bezeichnend, daß bei einem Bismarck, dessen Auslieferung gefordert wird, als Berufsbezeichnung vermerkt steht: Enkel des Reichskanzlers.

Die Auslieferungsliste.

Die amtlichen Stellen in Berlin sind, wie uns berichtet wird, noch mit der Übersetzung des fast zweihundert engschriebene Schreibmaschinenseiten starken Schriftstücks über die Auslieferung beschäftigt. Es ist kaum anzunehmen, daß die offizielle Liste sehr bald veröffentlicht werden wird. Vorläufig wird nur festgestellt, daß der angeforderte Graf Bernstorff nicht mit dem Botschafter identisch ist. Ebenso ist ein Herr v. Trotha, der auf der Liste steht, nicht der Admiral v. Trotha, und der dort genannte Herr v. Haniel nicht der Unterstaatssekretär, sondern ein Oberleutnant. Die deutsche Regierung läßt dabei erneut feststellen, daß die Grenzen, innerhalb deren ihr ein Entgegenkommen in der Auslieferungsfrage möglich ist, in der Note vom 25. Januar festgesetzt sind. Die Hauptsache ist dabei, daß die Deutschen nicht dem Zugriff der Entente ausgesetzt werden können. Deshalb wird Deutschland auch eine Verhandlung in Köln vor dem dortigen Gericht ablehnen. Auf einen weiteren Punkt wird noch aufmerksam gemacht: Herr Müllerand teilt in seinem Begleitschreiben mit, daß es nicht die Absicht der Ententeregierungen sei, „die Verbrechen derjenigen zu amnestieren, die in den Listen nicht mit einbegriffen sind". Vielmehr behalten sich diese Staaten ausdrücklich das Recht vor, innerhalb ihrer Gebiete auch späterhin diese Verbrechen zu verfolgen. Das heißt also: die Entente maßt sich das Recht an, auf ein Menschenalter hinaus jeden Deutschen, der sich zufällig nach Frankreich, England oder Italien verirrt, zu verhaften und nachträglich vor Gericht zu stellen wegen irgendeiner Tat, die er im Kriege begangen hat. Und das Ganze nennt man nachher Humanität!

In Regierungskreisen hat es überrascht, daß auch Belgien sich an der Auslieferungsliste beteiligt hat. Das steht in krassem Widerspruch zu dem deutsch-belgischen Finanzabkommen vom November vorigen Jahres, wobei die belgischen Unterhändler ausdrücklich erklärt hatten, daß die belgische Regierung auf die Auslieferung verzichte. Da diese formelle Zusage nicht innegehalten worden ist, hat der Minister des Äußern Belgien dahin verständigt,

daß das ganze Finanzabkommen hinfällig

geworden sei. Das ist praktisch gesehen nur eine Formalität, da die Nationalversammlung voraussichtlich diesem Vertrag, in dem angeblich Herr Erzberger von den Belgiern „über den Tisch gezogen" worden ist, ohnehin nicht zugestimmt haben würde.

Die Stellung der Regierung zu einem Kompromiß.

Zu der verschiedentlich erörterten Frage der Möglichkeit eines Kompromisses in Sachen der Auslieferung wird nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" an unterrichteter Stelle erklärt, daß die deutsche Regierung ihren Standpunkt in der Note vom 25. Januar fest unterschrieben habe. Eine Überschreitung der dort gezogenen Grenze sei unmöglich. Unmöglich sei auch der Vorschlag, das Gericht in Köln einzusetzen. Damit würden die Angeklagten in die Gewalt der Entente kommen. Das genannte Blatt erhebt den allerschärfsten Protest gegen den Vorbehalt der Begleitnote, wonach die alliierten Regierungen die Verbrechen derjenigen nicht zu amnestieren beabsichtigen, die in der beigefügten Liste nicht einbegriffen seien.

Zusammentritt des Völkerbundesrates.

Schaffung eines Völkerbundsgerichtshofs.

Am kommenden Mittwoch soll der Völkerbundsrat zu einer neuen Sitzung zusammentreten, der mit großem Interesse entgegengesehen wird um so mehr, als in ihr die Frage des Eintrittes der Schweiz in den Völkerbund unter der Garantie einer ewigen Neutralität entschieden werden soll. Außerdem stehen noch verschiedene wichtige Probleme zur Beratung, über deren Gegenstand bisher noch nichts verlautet. Es heißt jedoch, daß sich der Rat u. a. auch mit der Schaffung eines Völkerbundsgerichtshofes befassen wird. In Londoner unterrichteten Kreisen spricht man davon, daß Lord Hirzen durch Balfour als Vertreter Großbritanniens im Völkerbundsrat ersetzt werden soll. An der Konferenz werden der italienische Delegierte Ferrari, der japanische Marquis Ochiai und der brasilianische Gesandte in Paris teilnehmen. Die Schweiz entsendet den bekannten Staatsrechtslehrer Huber und den Bundesrat Abor zu den Besprechungen, um die schweizerischen Interessen zu wahren.

Aburteilung vor dem Völkerbund?

Mailand, 10. Febr. Der „Corriere della Sera" bringt eine Meldung eines Pariser Korrespondenten, wonach die Vertreter Belgiens und der Botschafterkonferenz dahin übereingekommen seien, den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200211-10/fragment/page=0001

Völkerbund mit der Abtretung der von Deutschland auszuliefernden Personen zu betrauen. Frankreich soll sich auf einen Druck Englands hin mit dieser Lösung einverstanden erklärt haben. Diese Regelung sei in erster Linie auf den Attorney General Birkenhead zurückzuführen, der in der Konferenz mitteilte, daß England kein Interesse an einer zu scharfen Handhabung der im Versailler Vertrag enthaltenen Auslieferungsparagraphen habe. Lloyd George, in dessen Auftrag er sprach, wünsche eine mildere Auslegung der Bestimmungen besonders aus dem Grunde, um zu vermeiden, daß die reaktionäre Strömung in Deutschland wieder die Oberhand gewinne.

Die Haltung Englands zur Auslieferung.

Haag, 9. Febr. Vor der Aufstellung der Auslieferungsliste scheint die Einigkeit unter den Alliierten vollkommen verlagt zu haben. Reuter stellt die Sache jetzt so dar, daß die Botschafterkonferenz den Namen der von den verschiedenen Nationen zur Auslieferung Verlangten in der Voraussicht auf die Liste gesetzt hat, daß England damit einverstanden sein würde. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß Namen wie Hindenburg, Ludendorff und Bethmann Hollweg sich auf der Liste befinden, ohne daß England hierzu ausdrücklich sein Einverständnis gegeben hat. Jetzt, so heißt es bei Reuter, ist die Angelegenheit aufgeklärt. Die Liste wird den Gegenstand weiterer Besprechungen zwischen den Verbündeten und Deutschland bilden. Die Darstellung, als handele es sich um eine Frontveränderung, eine Darstellung, die auch die schon gemeldeten Pressekommentare widerlegt wird, ist zweifellos falsch. Lloyd George behauptet vielmehr, dem mit jedem Tage drohender werdenden Auftreten Asquiths den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die Liste nur ein Vorwand für die Verlängerung der Besetzung?

Die Pariser „Chicago Tribune" verzeichnet das immer deutlicher werdende Gerücht, daß die französische Regierung die Liste der Auszuliefernden nur aufgestellt habe, damit sie von Deutschland nicht angenommen und damit ein Vorwand für die Verlängerung der Okkupation der besetzten Gebiete geschaffen werde.

Ein Kommentar zur Haltung Lloyd Georges.

Der Londoner Korrespondent des „Journal" berichtet: Was die Haltung Lloyd Georges in der Auslieferungsfrage betreffe, so erklärt seine Umgebung, daß er niemals die Absicht hatte, von seinem Entschluß, von Deutschland die Erfüllung des Friedensvertrages zu verlangen, abzugehen. Man sagte, der Zweck der Reise Lord Birkenheads sei nicht gewesen, den Alliierten mitzuteilen, daß eine Änderung in der Ansicht des Premierministers vor sich gegangen sei, sondern daß das englische Kabinett nicht die Eingeständnisse des Deutschland gestellten Auslieferungsverlangens geprüft habe und daß man nicht voraussehen dürfe daß grundsätzlich alle Kräfte des britischen Reiches in die Wagschale geworfen würden, um herbeizuführen, daß den Wünschen der Alliierten Folge gegeben würde.

Deutschlands bisher geleistete Verpflichtungen an die Entente.

Berlin, 10. Febr. In einer dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribune" gewährten Unterredung verwahrte sich Reichsminister Hermann Müller gegen die immer wieder aufgestellte Behauptung, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht erfüllen wolle. Er bemerkte, daß Frankreichs Bezahlung seiner vier Milliarden Mark betragenden Kriegsschuld nach dem Kriege 1870/71 in weniger als drei Jahren die Bewunderung der Welt erregt habe und verglich damit Deutschlands bisherige Leistungen, wobei er darauf hinwies, um wieviel das deutsche Volksvermögen sich durch die Leistungen verringert habe. Nach Schätzung der deutschen Zentralbehörden sind bisher folgende Leistungen bewirkt worden:

1. Saarbrücken 1000 Millionen Goldmark.

2. Liquidation deutscher Unternehmungen im Auslande 12 000 Millionen Goldmark.

3. Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten 6600 Millionen Goldmark.

4. Handelsflotte 8260 Millionen Goldmark.

5. Naturalleistungen für a) Kohle 240 Millionen Goldmark, b) Maschinen 150 Millionen Goldmark, c) Eisenbahnmaterial 750 Millionen Goldmark, d) Kabel 66 Millionen Goldmark.

6. Zurückgelassenes Staats- und Heereseigentum, soweit es nicht unmittelbaren Kampfcharakter trägt, 7000 Millionen Goldmark.

7. Bisherige Kosten für das Besatzungsheer 666 Millionen Goldmark. Summe 36 722 Millionen Goldmark. Hierzu kommen die bereits begonnenen Lieferungen von Vieh im Werte von 390 und von Farbstoffen im Werte von 200 Millionen Goldmark, sowie unsere Forderungen an Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei im Betrage von 7000 Millionen Goldmark. Dabei ist ausdrücklich hervorzuheben, daß diese Ziffern die zurückgegebenen Werte und Vargeld, namentlich die belgischen Depots, Effekten usw. im Betrage von 4800 Millionen Goldmark nicht einschließen.

Der Minister betonte u. a., daß der Verlust Deutschlands durch die Liquidierungen nur mit 12 Milliarden erscheine, während er von anderer Seite mit Rücksicht auf die Wertsteigerung auf 30 Milliarden geschätzt werde. Er schloß, Deutschland ist schon jetzt bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gegangen. Für alles weitere ist die Voraussetzung die Aufrechterhaltung und die Stärkung der eigenen Volkswirtschaft. Diese braucht dringend Kredite und Rohstoffe.

Pressestimmen zur Auslieferungsfrage.

Berlin, 10. Febr. Die Erklärung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten wird in der „Vossischen Zeitung" ein „Notrauchsystem für die Regierung genannt. Die „Morgenpost" hebt hervor, daß auch die Unabhängigen gegen die Auslieferung sind. Die „Rundschau" hält es für wesentlich, daß die Einmütigkeit im auswärtigen Ausschuß von Herrn Scheidemann festgestellt worden wäre, weil in den letzten Tagen der Eindruck hervorgerufen worden wäre, als bestände sich Scheidemann in der Auslieferungsfrage im Gegensatz zur Regierung.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beriet gestern von 10 Uhr morgens bis in die Nachmittagsstunden über die Auslieferungsfrage, ohne Beschlüsse zu fassen. Als Ergebnis der Besprechungen, an der sich auch der Reichskanzler und der Minister des Auswärtigen beteiligten, kann laut „Vorwärts" festgestellt werden, daß die Fraktion mit der grundsätzlichen Haltung der Regierung vollkommen einverstanden ist.

In der „Post" leitet Admiral Graf Baudissin einen Artikel über das schamlose Auslieferungsansinnen folgendermaßen ein: Wenn man vor die Aufgabe gestellt ist, den gewaltigen Krieg in einem einzigen Satz zu kennzeichnen, so würde derselbe ungefähr lauten müssen: „Es war ein Raub- und Vernichtungskrieg gegen die deutsche Arbeit des Kopfes und der Hände, als übrige war Beiwerk."

Aus dem schleswigschen Abstimmungsgebiet.

Die Dänen versuchen, den Stimmberechtigten die Papiere abzukaufen.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Flensburg: Große Empörung herrscht unter den Deutschen Schleswigs über eine fast unglaubliche Schamlosigkeit, die von dänischer Seite betrieben wird. Es wird nämlich von Stimmberechtigten, die hier auf der Durchreise nach der ersten Zone ankamen, mitgeteilt, daß die Dänen versuchen, ihnen ihre Papiere abzukaufen. Es werden Preise von 500 bis 1200 ℳ geboten. Eine solche Handlungsweise übertrifft alles bisher Dagewesene und die Stimmberechtigten, denen solche Angebote gemacht werden, werden aufgefordert, die Betreffenden sofort der Polizei zu übergeben.

Die verarmenden Wirkungen der dänischen Valutaregelung.

Aus Flensburg wird berichtet: Der in Nordschleswig eingesetzte Valutaausschuß, der 45 000 Nordschleswiger in der Valutafrage vertritt, hat an den dänischen Finanzminister ein Schreiben gerichtet, worin auf das tiefste bedauert wird, daß die vorgeschlagene Valutaregelung in so geringem Maße Rücksicht auf den Teil der Bevölkerung nimmt, der in überwiegendem Maße nur über flüssiges Markkapital verfügt. Nur eine weitergehende Valutaregelung als die vorgeschlagene könne diese Leute vor dem Zusammenbruch retten.

Die Engländer in Danzig.

Danzig, 10. Febr. Gestern nachmittag traf das Gros des englischen Besatzungsbataillons mit dem bisherigen Kommandeur der englischen Besatzungstruppen hier ein. General Hesling siedelte von Hotel nach dem Generalkommando über, auf dem jetzt die englische Flagge weht. Am 12. Februar wird ein französisches Bataillon erwartet, das in Neufahrwasser stationiert werden soll.

Unerhört hohe Bezüge der Ententekommissionen.

München, 10. Febr. Wie die „Bayerische Staatszeitung" hört, erheben die Ententekommissionen folgende Bezüge: Für den Soldaten 3000 ℳ monatlich, für den Leutnant 12 000, Hauptmann 15 000, Major 20 000 ℳ im Monat. Die Mission française in Berlin hat allein einen Personalbestand von 1100 Köpfen.

Die Lage im Reiche.

Der Termin der Reichstagswahlen.

Am Sonntag fand in Berlin im Herrenhaus die Hauptsitzung des Brandenburgischen Parteitages der Deutsch-demokratischen Partei statt, in der der Abg. Dr. Pachnicke sich in einer Weise mit den bevorstehenden Wahlen zum neuen Reichstag beschäftigte, die dieses bedeutsame Thema in einer allgemein interessierenden Form behandelte. Der demokratische Vorsitzende ging davon aus, daß der Ruf nach Neuwahlen immer stärker werde, und daß sie stattzufinden hätten, sobald die Nationalversammlung das ihr noch vorliegende Material erledigt habe. Gegenüber dem Vorwurf der Überalterung der Nationalversammlung, den Dr. Pachnicke dabei zurückwies, wäre wohl im Interesse einer allgemeinen Klärung noch auszuführen gewesen, daß an sich eine gewisse Zeit jedes Parlament überalteriert ist und weiter, daß es eine völlig unberechtigte Beschwerde darstellt, wenn gesagt wird, die Nationalversammlung habe nach Verabschiedung der Verfassung überhaupt keine Existenzberechtigung mehr. Tatsächlich ist seinerzeit bei Verfassung des verfassungebenden Parlaments beschlossen worden, daß es außer der Verfassung „auch noch andere wichtige Entwürfe" zu erledigen haben werde. Im übrigen nahm aber Dr. Pachnicke in durchaus dankenswerter Weise einmal Gelegenheit, die Frage der Vorbereitung der Reichstagswahlen eingehend zu erörtern, und er stellte dabei durchaus mit Recht in den Vordergrund, daß in dem Wahlkampf, in den wir uns tatsächlich bereits seit langem befinden, und der schon jetzt sehr heftig geführt werde, von den Mehrheitsparteien bei der Gegenarbeit gegen die außerordentlich rücksichtslose Agitationstaktik der Deutschnationalen immer wieder betont werden müsse: Wer hat uns in diese Situation gebracht, wer hat die Niederlage herbeigeführt, wer die unzulängliche Kriegsvorbereitung, den U-Bootkrieg, die Unterschätzung Amerikas verschuldet?

Zum Thema „Monarchismus" sei den Deutsch-Volksparteilern zu sagen, daß Dr. Stresemann sich seinerzeit eindeutig auf den Boden der Republik gestellt habe und ferner, daß die Monarchie selbst das Land uns verlassen und jetzt in die für sie durchaus günstige finanzielle Auseinandersetzung gewilligt habe. Außerdem müssen wir auch die Frage erheben: Wo waren diejenigen, die jetzt den Thron verteidigen, als dieser Thron zusammenbrach? Im übrigen wies der Redner zum Schluß zuversichtlich auf die Tatsache hin, daß die Mehrheitsparteien bei den letzten Wahlen 23,1 Millionen Stimmen, die Rechtsparteien dagegen nur 4,4 Millionen erhielten und daß dieser Vorsprung nicht so leicht einzuholen sei. Der Abg. Dr. Pachnicke hat dann gesagt, daß die Wahlen im Juni stattfinden könnten. Es liegt kein Grund vor, daß die Regierung von sich aus dagegen etwas einzuwenden haben würde. Die Voraussetzung ist aber, daß keine „Zwischenfälle" von außen oder von innen, etwa durch Putsche von links oder rechts, bisher unvorhergesehene Störungen und Hemmnisse herbeiführen.

*

Steigerung der Kohlenförderung bei besserer Entlohnung und Ernährung.

Essen, 10. Febr. Auf den Thyssenschen Zechen des Hamborner Bezirks werden seit kurzem in großem Umfange Überschichten verfahren, die am letzten Sonnabend zu einer Steigerung der durchschnittlichen Förderung um 30 Prozent führten. Bemerkenswert ist, daß gerade im Hamborner Bezirk am meisten gestreikt wurde, die Arbeitslust besonders zunimmt. Die Bereitwilligkeit zur Leistung von Überschichten, für welche außer 25 Prozent Lohnzuschlag zwei Pfund Schmalz zu billigen Preise geliefert werden, nimmt auch unter den Belegschaften der anderen Zechen des Ruhrgebietes zu.

Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz.

Wie der Berner Korrespondent des „Berl. Tagebl." zuverlässig erfährt, besteht die Möglichkeit, daß die im Dezember v. J. abgebrochenen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz demnächst wieder aufgenommen werden. Ob es gelingen wird, sich über den Kohlenpreis zu einigen, ist natürlich nicht vorauszusehen. Jedenfalls aber herrscht auf beiden Seiten die Absicht, einen neuen Versuch zu machen, die Grundlage für einen neuen Wirtschaftsvertrag zu finden.

Vor einem Berliner Metierstreik.

Aus Berlin wird berichtet: Allem Anschein nach scheinen die Berliner Metierverbände mit einem Streik Ernst machen zu wollen. Der Streik soll nicht in allen Stadtteilen zugleich ausbrechen, sondern der Ausstand soll zunächst in ganz bestimmten Stadtteilen, wahrscheinlich in solchen, in denen die Arbeiterbevölkerung überwiegt, zur Ausführung kommen. In den Richtlinien, die den einzelnen Metierverbänden zugegangen sind, wird verfügt, daß jedes Haus einen Obmann bestellen sollte, der die Durchführung des Streiks zu überwachen hat.

Aufsehenerregende Verhaftung.

Der Staatsanwalt gegen die Reichsfischversorgung.

Essen, 10. Febr. Die Essener Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen die Reichsfischversorgung Berlin wegen Preiswuchers und Kettenhandel eingeleitet. Der frühere Vorsteher der Reichsfischversorgung Nathan wurde verhaftet. Bücher und Bankguthaben der Reichsfischversorgung im Betrage von 120 Millionen Mark wurden beschlagnahmt.

Politische Übersicht.

Österreich.

Volksbewegung gegen Bela Khun.

Wien, 10. Febr. Wie die „Reichspost" meldet, hat sich der Bevölkerung von Sinckerau wegen der ihr aufgedrängten Amtswesen Bela Khuns eine große Aufregung bemächtigt. Nur mit Mühe gelang es gestern, die Bauern von einem gewaltsamen Vorgehen abzuhalten. Die Bauernschaft droht die Belieferung von Stoderau einzustellen, wenn Bela Khun nicht sofort wieder abgeschoben wird.

Frankreich.

Kein Streik der Eisenbahner und Bergarbeiter.

Paris, 10. Febr. Der drohende Eisenbahner- und Bergarbeiterstreik ist vermieden worden. Die Eisenbahner erhalten eine jährliche Vergütung von 720 Franken so lange, bis die Preise für die Lebensmittel gesunken sind.

Ministerpräsident Millerand reist nach London.

Paris, 10. Febr. Ministerpräsident Millerand begibt sich am Mittwoch nach London. Er wird Ende der Woche wieder in Paris zurückerwartet.

Rußland.

Grenzsperre wegen Pestgefahr.

Kopenhagen, 10. Febr. „Berlingske Tidende" meldet aus Helsingfors: Der finnische Staatsrat hat infolge der Pestgefahr die finnisch-russische Grenze gesperrt.

Aufnahme der Handelsbeziehungen.

Kopenhagen, 10. Febr. „Politiken" meldet aus Reval: Die Handelsbeziehungen mit Sowjet-Rußland sind wieder aufgenommen.

Polen und das russische Friedensangebot.

Kopenhagen, 10. Febr. „Berlingske Tidende" meldet aus Helsingfors: Von derjenen polnischer Seite wird dem „Husvudstadsbladet" mitgeteilt, daß Polen in der Frage des russischen Friedensangebots nur in Übereinstimmung mit der Entente verhandeln würde.

Merseburg und Umgegend.

10. Februar.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Beilage.)

** Ausgabe von Fleischmarken. Durch ein Versehen ist gestern die Veröffentlichung der Bekanntmachung über Ausgabe von Fleischmarken unterblieben. Die Bewohner der Straßen mit den Anfangsbuchstaben A—J können morgen ihre neuen Fleischmarken noch abholen, worauf wir besonders hinweisen. (Siehe auch Lebensmittelkalender.)

** Zur Linderung der Not unter den versorgungsberechtigten Militärpersonen der Unterklassen und deren Hinterbliebenen fanden zwischen dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichsfinanzministerium Verhandlungen statt. Diese hatten, nach einer Berliner Meldung des W. T. B., das Ergebnis, daß das Reichsfinanzministerium zusagte, für diese Zwecke erhebliche Mittel bereitzustellen.

** Kein Betreten des Schießstandes bei Meuschau. Zu unserer Notiz in Nr. 27 des „Merseburger Korrespondent" wird uns mitgeteilt, daß sich die betreffende Aufhebung des Betretungsverbotes durch Polizeiverordnung nur auf den Schießplatz am hinteren Gotthardtsteich bezog. Dagegen bleibt das Betreten des neuen Schießstandes bei Meuschau nach wie vor verboten und ist mit Lebensgefahr verknüpft. Wir weisen darauf besonders hin.

** Die Großhandelspreise für Mehl sind auf nachfolgende Sätze erhöht worden für den Umfang des Kreises Merseburg:

100 Kilo 90 % Roggenmehl . . . . . 104.— ℳ
100 Kilo 90 % Weizenmehl . . . . . 112.— ℳ
100 Kilo Weizenausszugsmehl . . . . . 112.— ℳ

ohne Sack frei Bäckerhaus.

Die letzigen Kleinhandelshöchstpreise für Mehl und Brot bleiben bestehen.

** Aufhebung des Herbströrtermins in Halle. Der Landrat des Kreises Merseburg gibt bekannt, daß der Termin der Hengstkörung am Montag, den 9. d. J. in Halle a. S. — Städtischer Schlachtviehhof — infolge der an allernächster Zeit beginnenden Abgabe von Vieh an den Feindbund auf Anordnung des Oberpräsidiums aufgehoben ist. Die zur Nachkörung angemeldeten Hengste werden in ihrem Standort gekört.

** Der Paketverkehr mit dem besetzten Gebiet. Die Abschnitte der Paketkarten zu Paketen aus dem unbesetzten Deutschland nach Orten in der französischen Zone bezw. besetzten linken Rheingebiete dürfen wieder zu schriftlichen Mitteilungen benutzt werden.

** Automobilverbindungen der Post. Es ist darauf zu rechnen, daß von der Postverwaltung in der nächsten Zeit neben einer Automobilverbindung Leipzig—Merseburg auch die Automobillinien Querfurt—Eisleben und Querfurt—Naumburg eingerichtet werden.

** Anzeigepflicht der Banken. Nach § 189 der Reichsabgabeordnung haben die Banken dem Finanzamt ein Verzeichnis ihrer Kunden mitzuteilen und die bis zum 30. Juni und 31. Dezember jeden Jahres eintretenden Zugänge des Kundenbestandes anzuzeigen. Die Zugangslisten sind jedesmal spätestens drei Monate nach Ablauf des Halbjahres einzureichen. Diese Vorschrift über Einreichung der sogenannten Kundenverzeichnisse hat der Reichsminister der Finanzen durch eine Verordnung vom 27. Januar 1920 ganz wesentlich erleichtert. Nach dieser neuen Verordnung kann das Verzeichnis der Kunden nach dem Stande vom 30. Juni 1919, soweit es sich um Guthaben und laufende Kunden handelt, auf die Kunden beschränkt werden, deren Guthaben am 30. Juni 1919 mehr als 3000 ℳ betragen hat. Kunden aber, welche bei dem Anzeigepflichtigen Wertsachen, ein verschlossenes Depot usw. haben, sind sämtlich aufzunehmen. Zugangsverzeichnisse brauchen sie alljährlich nur einmal, und zwar bis 1. Mai des nächsten Jahres, einzureichen. Bei Guthaben aber laufenden Konten haben die Zugangsverzeichnisse alle Kunden zu umfassen, deren Guthaben oder Konto im letzten Geschäftsjahr einen Zinsertrag von mehr als 60 ℳ aufweist. Banken, welche den erleichternden Bestimmungen dieser Verordnung nicht nachkommen, kann das Landesfinanzamt die vorgesehenen Erleichterungen wieder entziehen.

** Kunstwerke. Auf Grund des § 5 der Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken vom 11. Dezember 1919 hat der Reichsminister des Innern verboten, daß Kunstwerke, die in das Verzeichnis national wertvoller Kunstwerke eingetragen sind, in diejenigen Gebietsteile Deutschlands verbracht werden, die von fremden Mächten besetzt sind oder auf Grund des Friedensvertrages zur Vorbereitung einer Abstimmung noch besetzt werden.

** Anstellung von Volksschullehrerinnen. Die ministerielle Bestimmung, wonach die Befähigung zur endgültigen Anstellung als Volksschullehrerin vom 1. April 1920 ab durch Ablegung einer Prüfung nach Maßgabe der Prüfungsordnung für die endgültige Anstellung der Volksschullehrer dargetan ist, hat keine rückwirkende Kraft. Diese Bestimmung bezieht sich nur auf solche Lehrerinnen, die vom Frühjahr 1920 ab die Prüfung der Volksschullehrerinnen ablegen. Diejenigen Lehrerinnen, welche neben der Prüfung der Volksschullehrerinnen eine technische Prüfung als Turn- usw. Lehrerin abgelegt haben, ebenso wie Lehrerinnen, die die Reifeprüfung und die Lehramtsprüfung an den Oberlyzeen auch vom Frühjahr 1920 ab bestanden haben, sind von der Ablegung einer weiteren Prüfung behufs Erlangung der Befähigung zur endgültigen Anstellung auch als Volksschullehrerin befreit. Für die vorgeschriebene Bedingung einer wenigstens zweijährigen vollen Beschäftigung im öffentlichen Schuldienste ist die volle Beschäftigung an einem und demselben anerkannten privaten Lyzeum der Beschäftigung im öffentlichen Schuldienste gleichzurechnen.

** Anstellung von Lehrern. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat den Regierungen zur Pflicht gemacht, auch dafür zu sorgen, daß die Schulamtsbewerber, die infolge ihrer Einziehung zum Kriegsdienste erst später als es sonst geschehen wäre, der Seminarentlassungsprüfung haben unterziehen können, im allgemeinen nicht wesentlich später zur einstweiligen Anstellung gelangen, als die nicht am Kriege beteiligt gewesenen Anwärter aus demselben früheren Jahrgang der Seminar- bezw. Präparandenanstalten, welche infolge ihrer Nichtbeteiligung am Kriege die Entlassungsprüfung früher haben bestehen können.

** Beamte und Lehrer als Besitzer bei Mietseinigungsämtern. Die vorgesetzten Behörden sind angewiesen worden, den Beamten und Lehrern die Übernahme eines Besitzeramtes beim Mietseinigungsamte grundsätzlich zu gestatten und ihnen die Ausübung dieses Amtes durch geeignete Maßnahmen zu ermöglichen, sofern die dienstlichen Interessen hierdurch nicht gefährdet werden und besondere Kosten für die Staatskasse nicht entstehen.

** Orden. Preußische Orden, die bisher nach dem Ableben des Besitzers zurückgeliefert werden mußten, können den Erben gegen Zahlung eines angemessenen Preises zu Eigentum überlassen werden. Namentlich können der Rote Adlerorden IV. Klasse, das Militärehrenzeichen 1. und 2. Klasse und das Allgemeine Ehrenzeichen, für deren Rückgabe bisher eine besondere Vergütung gewährt wurde, überlassen werden. Auch die Rettungsmedaille am Bande wird dem Besitzer unentgeltlich belassen.

** Urlaubserteilung an der Rektoren usw. In Erweiterung der bereits erlassenen Bestimmungen hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bestimmt, daß in dringenden Fällen alleinstehende Lehrer sich auf einen Tag selbst beurlauben können, und daß bei Schulen mit 2 Lehrkräften der dienstälteste Lehrkraft das Recht zustehen soll, in dringenden Fällen sich selbst und die andere Lehrkraft für einen Tag zu beurlauben. Der alleinstehende Lehrer oder die dienstältestete Lehrkraft ist jedoch verpflichtet, dies sofort dem Kreisschulinspektor anzuzeigen.

** Die kommende Grundschule. Der Entwurf des Gesetzes über die Grundschule ist, nachdem er die Zustimmung des Reichskabinetts gefunden hat, der Öffentlichkeit zur Beratung zugegangen. Damit ist der Entwurf über das erste Reichsschulgesetz aufgestellt, das die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Schulwesens, die durch die neue Verfassung dem Reiche zugefallen ist, einleitet. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß die Grundschule vier Unterrichtsjahre umfassen soll. Alle öffentlichen und privaten Schulen werden aufgehoben sein. Es wird indessen den Vorschulen eine gewisse Abwicklungszeit zugestanden, doch soll der erste Jahrgang schon im kommenden Jahr nicht mehr neu mit Schülern besetzt werden. Die Tätigkeit der öffentlichen Vorschulen hat nach dem Entwurf mit Beginn des Schuljahres 1921/1922, die der Privatschulen mit Beginn des Schuljahres 1922/1923 beendet zu sein. Der Gesetzentwurf bestimmt weiter, daß die durch Aufhebung der Vorschulklassen frei werdenden Lehrkräfte an anderen öffentlichen Schulen bei gleichbleibender Besoldung weiter zu beschäftigen sind. Privatunterweisung einzelner Kinder oder geschlossener Gruppen soll nur ausnahmsweise zugelassen, im allgemeinen ist sie untersagt. Es besteht die Absicht, das Gesetz, falls die Verabschiedung im Reichsrat und in der Nationalversammlung rechtzeitig erfolgt, noch vor Beginn des neuen Schuljahres am 1. April in Kraft zu setzen.

** Kartoffeln für Brennereien. Es besteht die Gefahr, daß frostbeschädigte Kartoffeln völlig verderben oder unwirtschaftlich ausgenutzt werden können, wenn sie nicht den Brennereien zur Verarbeitung zugeführt werden. Einer Verarbeitung frostbeschädigter Kartoffeln zu Spiritus steht aber die Verordnung über Kartoffeln vom 4. September 1919 entgegen. Der Reichswirtschaftsminister hat daher die Reichskartoffelstelle ersucht, zu veranlassen, daß Unternehmern land-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200211-10/fragment/page=0002

wirtschaftlicher Betriebe zur Verarbeitung in der eigenen Brennerei die Verwendung frostbeschädigter Kartoffeln über den in der genannten Verordnung vorgesehenen Umfang hinaus gestattet ist. Für die Ausnahmebewilligung sind bestimmte Richtlinien aufgestellt worden.

** Ödland-Besiedlung. Es ist in der Oeffentlichkeit schon häufig darauf hingewiesen worden, daß die großen Moore und Ödländereien im Bereich des preußischen Staatsgebietes ausreichen würden, um Hunderttausenden Arbeit und Nahrung zu geben. Man hat wohl behauptet, daß deshalb eine Landabgabe des Großgrundbesitzes völlig überflüssig wäre. Die Sache liegt doch anders. Die Ödlandsbesiedlung bedarf einer so weitgehenden Vorbereitung, daß sie für die kommenden Jahrzehnte immer nur eine letzte Reserve für die große Siedlungswerk darstellt. Die Gesetzmaßnahmen zur Beschleunigung der Moor- und Ödlandkultur sowie die gesetzliche Regelung der Finanzierung dieser äußerst kostspieligen Meliorationsarbeiten stehen noch aus. Das Gesetz über die Bildung von Bodenverbesserungs-Gesellschaften wird beispielsweise noch im Siedlungsausschuß der Preußischen Landesversammlung beraten. Damit wird vor der Hand die Verbesserung des Landes bis zum Grade der landwirtschaftlichen Nutzung ermöglicht. Die Besiedlung kann erst in einem viel späteren Stadium erfolgen.

** Parade auf dem Nulandsplatz. Am 12. Februar, 10 Uhr vormittags, hält General d. Inf. v. Lüttwitz, Oberbefehlshaber des Reichswehr-Gruppen-Kommandos I, Berlin, über die Truppen des Standortes Merseburg auf dem Nulandsplatz eine Parade ab. Der Platz wird nicht abgesperrt. Zuschauern werden besondere Plätze angewiesen werden, von denen aus sie dem Vorgang gut folgen können.

** Zur Vorentschädigung der Auslandsdeutschen. Die ihres Eigentums verlustig gegangenen Auslandsdeutschen aus den bisher feindlichen Ländern sehen nunmehr einer Vorentschädigung entgegen, die das Reich bewilligte. Die Fragebogen zur Anmeldung der erlittenen Schäden sind durch den Bund der Auslandsdeutschen in diesen Tagen zur Verteilung gekommen, nachdem zunächst an die Mitglieder des Bundes, da deren Adressen bekannt waren. Den Auslandsdeutschen, die nicht Mitglieder des Bundes sind, wird empfohlen, sich sofort mit der nächsten Ortsgruppe des Bundes Halle a. S., Bergstraße 7, in Verbindung zu setzen, damit auch sie den Fragebogen zur Schadensanmeldung ausgehändigt bekommen. Alle weiteren Auskünfte über den Bund und das Vorentschädigungsverfahren erteilt die unter obengenannte Ortsgruppe bereitwilligst. Die im Bezirk Merseburg wohnenden Auslandsdeutschen finden in der dortigen Ortsgruppe des Bundes Merseburg-Frankleben, Grube „Michel", am besten Anschluß.

** Kaufmannslehrling und Lehrvertrag. Die Lehrverträge, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossen worden sind, haben auch manche Verbesserungen des Lehrverhältnisses bei kaufmännischen Lehrlingen gebracht, über die sich die Eltern, deren Söhne den Kaufmannsberuf ergreifen wollen, unterrichten sollten. Die Gewerkschaft männlicher kaufmännischer Angestellten, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, Hamburg 36, hat einen Normal-Lehrvertrag herausgegeben. Er enthält die neuesten rechtlichen Bestimmungen, und kann von den Eltern von Kaufmannslehrlingen bei der Jugendabteilung der Ortsgruppe des D.-H.-V. hier, Hallesche Straße 27, angefordert werden.

** Der S. Bildungsabend der Alten Sozialdemokratischen Partei fand gestern abend im Tivoli-Theater statt, und vor überfülltem Hause wurde Halbes bekanntes Schauspiel „Der Strom" von den Mitgliedern des Tivoli-Theaters gespielt. Herr Mehler eröffnete den Abend, begrüßte die Anwesenden und hieß sie im Namen des Bildungsausschusses herzlich willkommen. Er erläuterte kurz den Inhalt des Stückes und wies darauf hin, daß durch den klaren Aufbau der Handlung das Stück leicht verständlich ist. Weiter machte er darauf aufmerksam, daß dieses Schauspiel so recht veranschaulicht, welche Folgen eine Verfehlung hat, die sich wie eine giftige Schlange durch das ganze Leben des Peter Doorn zieht und so sein und das Unglück seiner Angehörigen wird. — Die Darsteller gaben ihr Bestes. Herr Walther als Peter Doorn verkörperte den brutalen Gutsbesitzer und rücksichtslosen Bruder und Ehemann sehr treffend. Janna Gnaugk spielte die schwierige tragische Rolle der Renate ergreifend und doch künstlerisch. Direktor Deckants Spiel als Jakob war unzweifelhaft eine künstlerische Leistung, ebenso wie Erwin Bügels Darstellung des Ohm Reinhold. Herr Schönfart führte seine Rolle als Bruder Heinrich ebenfalls vortrefflich durch. Frau Peter-Pauli wurde ihrer kleinen aber dankbaren Rolle als Großmutter voll und ganz gerecht und so war der Abend ein voller Erfolg. — Die aufmerksamen Zuhörer dankten durch reichen Beifall.

** Die hiesige Ortsgruppe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G. d. A.) hielt am Montag im Gasthaus „Halber Mond" hier ihre Monatsversammlung ab, die einen sehr guten Besuch zeigte. Anwesend waren u. a. auch die Verbandsvertreter Herr Rössiger und Herr Bötticher aus Leipzig. Redner über den Zweck und Inhalt der Tarifangelegenheit und den Austritt der Afa aus der örtlichen Tarifgemeinschaft Bericht erstattet worden war, rechtfertigte Herr Bötticher nochmals sein Vorgehen bezüglich des Tarifs für die städtischen Angestellten. Weiter sprach Herr Rössiger aus Leipzig über die wahren Ziele und die Machenschaften der Afa und des Zentralverbandes, breitete das Betriebsrätegesetz und stieß seine vernichtenden Kritiken ausklingen in dem Wunsche, daß alle G. d. A.-Mitglieder nach wie vor fest zu ihrer Gewerkschaft stehen. Die Versammlung erklärte sich daraufhin einstimmig mit folgender Entschließung einverstanden: „Die am 9. Februar 1920 im „Halben Mond" versammelten Angestellten im G. d. A. Ortsverband Merseburg nahmen Stellung zu den Angriffen der Afa auf die Vertreter des G. d. A. und die Sprengung der örtlichen Tarifgemeinschaft. Die ungewöhnlich zahlreich versammelten Mitglieder stellen sich einmütig hinter ihre Tarifkommission und billigen voll und ganz das Verhalten des Herrn Bötticher bei den städtischen Tarifverhandlungen. Betreffs Angestellte des Magistrats bekundeten offen, daß die Behauptungen der Afa glatte Unwahrheiten sind. Aus den Ausführungen des Herrn Rössiger erhellte die Angestellten, daß die Afa aus ganz anderen Gründen die anderen Verbände bekämpft. Alle Versammelten lehnen es auf das Entschiedenste ab, sich zu parteipolitischen Zwecken mißbrauchen zu lassen und erklären, geschlossen nach wie vor treu zum G. d. A. zu stehen. Die Versammlung wies es mit großer Entrüstung zurück, als Ansinnen der Afa betrachtet zu werden und verlangt unbedingte Gleichberechtigung ihrer Ansichten, und keine Duldung durch die Afa. So sehr wie die Angestellten des G. d. A. jeden Verbandsstreit verwerfen, sind sie nicht gewillt, widersprüchslos die Anmaßungen der Afa hinzunehmen und werden trotz aller Verleumdungen unbeirrt zum G. d. A. als ihrer Berufsvertretung frei von Parteipolitik zu jeder Zeit halten." — Die Versammlung wurde daraufhin vom Vorsitzenden mit dem Wunsche, auch die weiteren Veranstaltungen des G. d. A. gleich zahlreich zu besuchen, geschlossen.

** Pfälzerwald-Verein. Die hiesige Ortsgruppe des Pfälzerwald-Vereins unternahm am letzten Sonntag bei prächtigem Wetter ihre erste Programm-Wanderung nach Leuchtern, an welcher ca. 60 Personen teilnahmen. Wie das Wetter, war auch die Stimmung frisch und heiter. Lustig erklangen frohe Wanderlieder einzelner Gruppen, andere plauderten munter und mögen sich wohl den schönen Pfälzer Wald hierher gewünscht haben. In Lauchstedt angekommen, sorgte der Inhaber des „Schwarzen Adler" in Form von ausgezeichnetem Kaffee und Kuchen für das leibliche Wohl. Dabei erscholl er oft und häufig das Versprechen: „Wir kommen bald wieder." Erst um 7 Uhr konnte man sich von den gemütlichen Räumen trennen und trat in fast noch heiterer Stimmung als zuvor den Rückmarsch an.

** Der Verein der Lichtbildfreunde veranstaltet am Donnerstag abend 8 Uhr in seinem Vereinslokal zum „Alten Posauner" einen Lichtbildervortrag über „Verwendung der Freiherr'schen Gelbfilter bei photographischen Aufnahmen". Jedem ernsthaft weiterstrebenden Freunde der Lichtbildkunst kann der Besuch der Vorführung zur bestens empfohlen werden. Näheres im Anzeigenteil dieser Zeitung.

*

Die Merseburger Regierung gegen die Auslieferungsforderung.

In einer am Montag mittag abgehaltenen Protestversammlung nahm die gesamte Beamten- und Angestelltenschaft der hiesigen Regierung einmütig eine Entschließung an, die sich gegen das Auslieferungsverlangen der Entente richtet. Der genaue Wortlaut dieser Entschließung, die an den Reichskanzler und den Ministerpräsidenten telegraphisch übermittelt werden soll, ist folgender:

Die versammelten Beamten und Angestellten der Regierung zu Merseburg erheben einstimmig schärfsten Widerspruch gegen die Auslieferung deutscher Volksgenossen an fremde Staaten und die dadurch dem deutschen Volke angetanene, den deutschen Namen für immer schändende Schmach. Sie erklären einmütig, daß sie es unbedingt ablehnen, bei der Auslieferung in irgend einer Form mitzuwirken, und erwarten, daß die Reichsregierung den abgelehnenden Standpunkte, bei welchem das deutsche Volk geschlossen hinter ihr stehen wird, unbeugsam festhalten wird.

Im Auftrage:
v. Gersdorff, Scultetus, Elze, Voigt, Gröger.

*

Wie groß sind die Städte unserer Umgebung?

Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 wurden folgende Einwohnerzahlen festgestellt: Leipzig 604 410, Magdeburg 279 775, Halle 187 700, Erfurt 128 724, Gera 73 641, Dessau 57 360, Jena 48 559, Nordhausen 34 117, Weißenfels 34 085, Zeitz 33 238, Bernburg 33 028, Wittenberg mit Vororte 30 150, Naumburg 28 537, Quedlinburg 28 150, Köthen 25 624, Merseburg 23 832, Eisleben 22 703, Eilenburg 17 302, Bitterfeld 16 551, Delitzsch 13 827, Torgau 13 425, Schkeuditz 7477, Artern 5525, Wettin 2700.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Mittwoch den 11. Februar.)

Ausgabe von Marmelade markenfrei in allen Lebensmittelgeschäften.

Petroleum auf Nr. 100 des Lebensmittelheftes, auf den Haushalt ½ Liter.

Kohlfisch: Ordnungsnummern 3001—3200 bei Möbius (Tiefer Keller 1), Ordnungsnummern 3201—3400 bei Hoffmann (Brühl 6), von 2—4 Uhr.

Neue Fleischmarken im alten Rathaus, von 8 bis 2½ Uhr, für die Bewohner der Straßen mit den Anfangsbuchstaben K—P. Ausgabe gegen Vorlage des Lebensmittelheftes und der Stammfleischkarte, nur an Erwachsene. Desgleichen an die noch rüstständigen Haushalte der Straßen von A—J.

Anmeldung, Butterausgabe am Sonnabend, 100 Gramm Butter auf jede tägliche Fettmarke, 50 Gramm auf jede K-Zusatzfettmarke, 50 Gramm Margarine auf jede G-Fettmarke, keine Belieferung der L-Fettmarken.

Mehl-Ausgabe am Sonnabend, ½ Pfund Weizenmehl auf jede Marke Nr. 1 der Kartoffelkarte.

Bezugschein Nr. 18 (½ Pfund weiße Bohnen), Bezugschein Nr. 19 (100 Gramm Maisgries), Bezugschein Nr. 20 (1 Pfund Salz).

1 Brühwürfel ohne Bezahlung für jeden Haushalt, für die die Zeit vom 16. bis 22. Februar. — In den Speisewirtschaften abzugeben Bezugschein Nr. 18.

---

p. Günthersdorf, 10. Febr. Bei der am 29. v. M. stattgefundenen Brennholzverteilung im Gräflich v. Hohenthalschen Forst, dem sogenannten Tiergarten, wurden unerhörte Preise gezahlt. Es wurden u. a. für einen 4 Meter-Abraumhaufen 118 M, 2 Meter Eichen-Scheit 178 M und für einen Buschhaufen bis 65 M bezahlt. Eine Eiche von 5 Festmeter ist für 10 000 M verkauft, also der Festmeter mit 2000 M bezahlt worden.

§. Hälschen, 10. Febr. Der Gesangverein „Concordia" in Röschen hatte zum vergangenen Sonntag nach langer Zeit erstmalig wieder zu fröhlichem Tun nach Frankes Festsälen eingeladen. Frisch und frei erklangen die zum Vortrag gebrachten, mit gutem Geschmack ausgewählten Lieder. Unter der Leitung des Dirigenten, Kantor Marx, wurde recht Gutes geboten, was umsomehr anzuerkennen ist, als der Verein die Gesangsproben erst vor wenigen Monaten wieder aufgenommen hat. Der bunte Teil des Abends brachte zwei Singspiele und zwei kleine Einakter. Es wurde flott und sicher gespielt und die Darbietungen kennzeichneten tüchtige fleißige Arbeit. Der lebhafte Beifall bewies, daß die Zuhörer voll und ganz befriedigt waren. Jeder der Gäste, auch die aus der weiteren Umgebung Röschens dürfte auf seine Rechnung gekommen sein. Nach Schluß des offiziellen Teils wurde noch tüchtig das Tanzbein geschwungen, und man trennte sich mit dem Bewußtsein, einen reizvollen Abend verlebt zu haben, der oftmals eine angenehme Erinnerung nachrufen wird.

Mücheln und Umgegend.

10. Februar.

‡ Querfurt, 10. Febr. Zum Ausdrusch des Getreides gibt der Landrat folgendes bekannt: Vom Montag den 9. Februar, mittags 12½ Uhr, an, liefern die Landkraftwerke Kulkwitz regelmäßig elektrischen Strom zum Dreschen, und zwar täglich von mittags 12½ Uhr bis zum Anbruch der Dunkelheit ohne Unterbrechung. Die Ortsbehörden stehen dafür ein, daß immer nur die Hälfte der in jedem Ort angeschlossenen Pferdekräfte gleichzeitig benutzt wird. Die Stromlieferung dauert in dieser Weise bis zum 14. März einschließlich fort. An allen Sonntagen steht der Landwirtschaft Strom von früh bis abends ohne Unterbrechung zur Verfügung. Sollte irgendwo die Stromversorgung nicht ausreichen, so können die betreffenden Landwirte noch jetzt Dampfdreschsätze in Betrieb nehmen. Kohlen dafür werden sofort geliefert, auch wird nachgewiesen, wo Dampfdreschsätze zu haben sind. Die Kohlenversorgung der bereits im Betrieb befindlichen Dampfdreschsätze wird in aller Kürze beschleunigt werden können. Unter diesen Umständen muß von den Landwirten erwartet werden, daß sie auch ihrerseits alles daran setzen, um den Drusch nunmehr in kürzester Frist durchzuführen. Insbesondere richte ich an die Landwirte und landwirtschaftlichen Arbeiter den Appell, in den nächsten 5 Wochen im Interesse der Volksernährung auch das Opfer der Sonntagsarbeit zu bringen und die Wochentage bis zum letzten Tageslicht auszunutzen.

‡ Querfurt, 10. Febr. Am Sonnabend wurden auf dem hiesigen Bahnhof zwei Reisekörbe beschlagnahmt. Sie enthielten zwei Beutel mit je 60 Pfund Mehl, ferner 25 Pfund weiße Bohnen und 7 Pfund Rindfleisch. Die Sachen waren von einer Frau Selma Z. aus Berlin in Karnstädt aufgekauft, um nach Berlin verschoben zu werden. Infolge der ständig zunehmenden Schieberei werden von jetzt ab sämtliche Züge durch Polizeibeamte untersucht werden. — Auf dem Ferkelmarkt am Sonnabend waren 10 Körbe mit Sauferkeln angefahren. Das Paar kostete 220 bis 300 M. Der Markt wurde nicht geräumt.

Wetterwarte.

V. W. am 11. 2.: Trübung, etwas wärmer, später etwas Niederschläge, Wind. — 12. 2.: Ziemlich trübe, mild, Regen, windig.

Sport und Leibesübungen.

Fußballsport.

◇ Arbeiter-Turnverein „Jahn". Am Sonntag spielte die neugegründete Fußballmannschaft des Arbeiter-Turnvereins „Jahn" gegen die I. Mannschaft des Turnvereins Mietleben. Die junge, flotte Elf konnte das Spiel nach hartem Kampfe mit 4:0 gewinnen. Daß die junge Elf schon mächtig emporgearbeitet hat, beweisen ihre letzten Spiele: Am 25. Jan. gegen Bruckdorf I 2:1, am 1. Febr. gegen Tv. „Fichte"-Mücheln 4:1 und am 8. Febr. gegen Tv. Mietleben 4:0.

◇ Sportklub I-Mücheln—R. C. Schkeuditz I 10:1 (5:0). Dieses Spiel bewies wieder die Form des Sportklubs Mücheln. Es ist nur bedauerlich, daß andere Vereine nie ein Spiel mit dem Sportklub annehmen, obwohl im Sportklub Mücheln" eine Angahl Spieler sind, die in anderen Städten der I. Mannschaft erstklassiger Vereine angehört haben, durch ihre Arbeitsstätte aber gezwungen sind, dem Sportklub Mücheln anzugehören. Mögen diese Zeilen zur Aufklärung dienen.

*

◇ Faustballsport. Die am Sonntag vormittag ausgetragenen Wettkämpfe der I. Mannschaften ergaben folgende Resultate: M. T.-V. gegen V. f. L. 72:75, M. T.-V. gegen T. V. 81:83, T. V. gegen V. f. L. 97:103. Die Resultate sind bei einer Spielzeit von zweimal 15 Min. äußerst günstig zu nennen. Man konnte beobachten, daß einzelne Spieler geradezu über eine glänzende Spieltechnik verfügten. Überhaupt war es eine Freude, die flotten, eifrigen Spiele zu verfolgen. Leider mußte man bei den II. Mannschaften das Gegenteil feststellen. Ein großer Teil der Jugend war überhaupt nicht angetreten. Es ist höchste Zeit, daß die Jugend sich endlich das Bestreben und die Wichtigkeit des Jugendsportes bewußt wird. — Kommenden Sonntag finden zu denselben Zeiten Retourwettspiele der I. Mannschaften und Vorspiele der II. Mannschaften statt.

*

Gegen die Sportsteuer in Halle.

Eine eindrucksvolle Protestkundgebung gegen die geplante Besteuerung sportlicher Veranstaltungen fand am Sonntag auf dem Sportplatz am Zoo nach dem Spiele statt. Etwa 2000 Personen beteiligten sich an der Kundgebung, die in einem einmütigen Protest gegen den vom Steuerausschußausschuß der Stadt Halle ausgearbeiteten Entwurf über Erhebung einer Steuer bei rein sportlichen Amateur-Veranstaltungen. Sie sehen darin eine Verkennung und Entstellung unserer sportlichen Bestrebungen, die lediglich auf einer Kräftigung aller Schichten unseres Volkes und besonders unserer Jugend hinzielen, und verwahren sich energisch gegen die durch die Besteuerung zum Ausdruck gebrachte Hinstellung unserer ernsten Bestrebungen als eitle Lustbarkeit. Sie hoffen bestimmt, daß durch diese einmütige Erklärung, in der alle Sportleute fest zusammenstehen, die Räter unserer Stadt werden abhalten lassen, die Schuld an dem Niedergange unserer Turn- und Sportbewegung, der unzertrennbar damit verbunden, auf sich zu laden und uns damit eine Betätigung zu entwerfen, die für die Erstärkung unseres Volkes fern von aller Politik unerläßlich ist.

Unterzeichnet ist die Resolution von Jahnke (für V. f. L.-Halle), Busch (für Hall. Faustballklub Wacker) und Simon für W. f. K. und für den Hallischen Ausschuß für Leibesübungen).

Diesem Protest wird sich die gesamte übrige Sportwelt wohl ohne weiteres anschließen.

Vermischtes.

* Über 500 Volkshochschulen sind bis jetzt in Deutschland gegründet worden, wie Hanns Horst Kreisel in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Volkshochschulblätter" (Verlag von Alwin Huhle in Dresden) mitteilt. Er veröffentlicht in jedem der monatlich erschienenden Hefte Berichte von Neueinrichtungen, von den Erfolgen und der Tätigkeit bestehender Volkshochschulen.

* Hamburg ohne Kartoffeln. Die Kartoffelzufuhren nach Hamburg bleiben aus, so daß in dieser Woche nur noch zwei Pfund je Kopf verteilt werden können. Dann können überhaupt keine mehr abgegeben werden. Die Reichskartoffelstelle in Berlin hat erklärt, daß sie für Hamburg keine Kartoffeln beschaffen könne, wie überhaupt in vielen Großstädten vorläufig keine Kartoffeln mehr zur Ausgabe gelangen können.

* Wegen Vergiftungsverdacht verhaftet. In Stettin verstarb unter Vergiftungserscheinungen nach dem Genuß von Kaffee die 76 Jahre alte Witwe Mahnke. Da vor einiger Zeit auch die Tochter der Frau Mahnke, die Witwe Hube, unter ähnlichen Vergiftungserscheinungen verstorben war, wurde jetzt der Kaufmann Werner Hube unter dem Verdacht festgenommen, seine Großmutter und seine Mutter vergiftet zu haben, um sich in den Besitz des Erbteils zu setzen und eine geschiedene Frau heiraten zu können.

* Graf und Fabrikmädchen. Die Romantik ist auch heute noch nicht ganz ausgestorben. Während des Weltkrieges war in der Steinzeugwarenfabrik in Friedrichsfeld bei Mannheim ein französischer Offizier, der Graf Hill von Lombellerie, ein reicher Weingutsbesitzer aus der Champagne, als Aufsichtsführender über seine französischen Mitgefangenen tätig. In der gleichen Fabrik arbeitete auch die 18-jährige Eleonore Oßhäuser, in die sich der Gefangene verliebte. Nach erfolgter Freilassung kehrte der Graf nach Frankreich zurück, erschien jedoch vor kurzem mit einigen Verwandten in Friedrichsfeld und bestieb seine Verheiratung mit dem jungen Mädchen, die ihm auch anvertraut wurde. Zu der sehr fröhlichen Hochzeit waren auch zahlreiche Arbeiter der Steinzeugfabrik geladen.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Rößner.
für den Anzeigenteil: Franz Gomm, beide in Merseburg.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

27]

Anordnung

betreffend die Nachprüfung der Pferdevormusterung vom 20. Januar 1920 und das weitere Pferdehandelsverbot.

Auf Grund des § 9 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 (Reichsgesetzbl. S. 1530) sowie der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers für die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages vom 2. Dezember 1919 und der hierzu erlassenen Preußischen Ausführungsanweisung vom 6. Dezember 1919 wird im Anschluß an meine Anordnung, betr. die Einschränkung des Handelsverkehrs mit Pferden und Kastrationsverbot, vom 12. Januar 1920 folgendes verordnet:

§ 1.

Die Pferdevormusterung vom 20. Januar 1920 ist in der Provinz nicht gleichmäßig durch etwa und daher zu ergänzen.

Zu diesem Zweck sind **alle Pferde** (auch Fohlen, ausschließlich der im Jahre 1919 und 1920 geborenen) **zur nochmaligen Vormusterung vorzuführen.** Ort und Zeit bestimmt der Vorsitzende des Kommunalverbandes.

§ 2.

Aus Anlaß der nochmaligen Vormusterung wird der **Handel** sowie jeglicher Tausch und Verkauf von Pferden (Hengsten, Stuten, Wallachen,) ausschließlich der im Jahre 1919 und 1920 geborenen Fohlen innerhalb der Provinz Sachsen **untersagt verboten.** Unter dieses Verbot fällt auch die Abhaltung von Auktionen, Tausch, sowie jeder Besitzwechsel. Desgleichen ist jede **Ausfuhr** von Pferden aus der Provinz verboten. Auch in bis auf Weiteres verboten, Hengste zu kastrieren.

Ausnahmen von vorstehenden Verboten können in wirtschaftlich dringenden Fällen von dem Vorsitzenden des Kommunalverbandes gestattet werden.

Die Verbote enden für alle nicht in die Listen eingetragenen Pferde mit Ablauf des 22. Februar 1920.

§ 3.

Pferde, die zur nochmaligen Vormusterung nicht vorgeführt werden, sowie Pferde, die entgegen dem erlassenen Verbote gehandelt oder ausgeführt werden, unterliegen der Beschlagnahme.

§ 4.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden mit Gefängnis und Geldstrafe bis zu 20000 Mk. oder mit einer dieser Strafen geahndet. (§ 11 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 — R.-G.-Bl. S. 1530 —).

Magdeburg, den 3. Februar 1920.

Der Oberpräsident.
J. V. gez. Breyer.

Veröffentlicht mit folgendem Zusatz:

a) Es müssen **sämtliche Pferde vorgeführt werden.**
b) **Ausgenommen** sind nur:
männliche Fohlen, die im Jahre 1918 und später geboren wurden;
Stutfohlen, die im Jahre 1919 geboren wurden;
erkrankte Tiere, wenn über die Krankheit eine tierärztliche Bescheinigung beigebracht wird.
c) **Die Besitzer haben jeden Ab- und Zugang von Pferden seit der letzten Viehzählung vom 1. Dezember 1919 sofort — spätestens 2 Tage vor der neuen Zählung — dem Gemeindevorsteher anzumelden und die Berechtigung zum Zurückgehalten von Pferden — i. z. u. — diesem gegenüber zu erbringen.**
d) **Die Hengste und Stuten, welche in die Listen eingetragen werden, sind damit — ebenso wie die bereits seit der ersten Vormusterung in den Listen stehenden — für das Reich beschlagnahmt; die Beschlagnahme bedeutet noch nicht die Aushebung, sondern nur die Verpflichtung, über die Tiere nicht zu verfügen, nichts an ihnen zu verändern und sie pfleglich zu behandeln.**
e) **Gegen diejenigen, welche ihrer Vorführungspflicht nicht nachkommen oder zur Vorführung bestimmte Tiere vorsätzlich oder fahrlässig zurückhalten, ist mit Strafen nachdrücklichst vorzugehen.**

Die Aufstellung der Tiere muß bei dem Eintreffen der Kommission beendet und so erfolgt sein, daß die Zählung und Listenführung in der dafür vorgesehenen Zeit unter allen Umständen erfolgen kann.

Die festgesetzten Vorführungstermine wollen die Gemeindevorsteher und sonstigen Behörden zugegangenen Verfügung ersehen.

Merseburg, den 10. Februar 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mösle.

Festsetzung der Großhandelshöchstpreise für Mehl.

Infolge höherer Ausmahlung des Brotgetreides werden die Großhandelspreise für Mehl wie folgt festgesetzt:

100 Kilo 90 % Roggenmehl	104.— M
100 Kilo 90 % Weizenmehl	112.— M
100 Kilo Weizenauszugsmehl	112.— M

ohne Sack frei Bäckerhaus

Die jetzigen Kleinhandelspreise für Mehl und Brot bleiben bestehen.

Merseburg, den 9. Februar 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mösle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200211-10/fragment/page=0003

Anzeigen.
Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Heute mittag 12,45 starb nach kurzem, schweren Krankenlager mein lieber, guter Mann, Bruder und Onkel, der Invalid

Johann Schierak

im Alter von 61½ Jahren.
In tiefem Schmerze:
Wilhelmine Schierak, Ww.
Familie Paul Schierak.
Familie Thiery.
Merseburg, 9. Febr. 1920.

Aufgebot!
Der Versicherungs-Schein Co 2315469 Gertrud Daßdorf in Merseburg ist abhanden gekommen. Falls ein Berechtigter sich nicht meldet, wird der Versicherungsschein nach 3 Monaten für kraftlos erklärt.
Berlin, den 10. Febr. 1920.
Friedrich Wilhelm, Lebensversicherungs-Akt.-Ges.

Möbl. Zimmer
zu verm. Faust, Tiefer Keller 5.

Gut möbliertes Zimmer
an 1 oder 2 bessere Herrn sofort oder später zu vermieten Dürrenberg, Kurhausstr. 1, pt.

Anständiges Fräul. sucht
für sofort oder bald **freundlich möbl. Zimmer.** Offerten unter 363 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Möbliertes Zimmer
bei guter Bezahlg. von Beamten zum 15. d. M. gesucht. Zuschr. unter 370 an die Exped. d. Bl.

Möbl. Parterrezimmer
mit sep. Eingang gesucht. Preis Nebensache. Offerten unter 364 an die Exped. d. Bl.

Witwer (40 Jahre alt) sucht
ein Logis mit Kost
am liebst. bei einer Witwe mit etwas Landbesitz an der Strecke Merseburg—Mücheln. Spätere Heirat nicht ausgeschlossen. Offert unter 368 an die Exped. d. Bl.

Werkstatt-Raum
für Gelbgießerei geeignet, sofort zu mieten gesucht. Angeb. unt. 369 an die Exped. d. Bl.

Grundstück
wenn möglich neu, mit Garten u. Stallung, aber noch in gutem Zustande zu kauf. gesucht. Offert. unter 365 an die Exped. d. Bl.

Geld gibt an solv. Leute jed. Stand. zu günst Beding. Ratenzahlung Sept & Co., Nürnberg 2.

400 Mk. geg. gute Sicherheit u. monatliche Rückzahlung für sof. gesucht. Off. unt. 360 an die Exp. d. Bl. erb.

Ein Anzug, gut erhalten
zu verk. Zu erfrag. in der Exp. d. Bl.

Elegantes, neues, dunkelrotes
Tuch-Mantelkleid
(für mittlere Figur passend) und 1 Paar fast neue, braune, hohe Damen-Schnürstiefel (Gr. 38½) sehr preiswert zu verkaufen Teichstr. 25, Seitengeb. pt. r

Zu verkaufen:
Neues Damen-Jackett schwarzes für Konfirmandin passend Gutenbergstraße 1, 3 Tr. r.

1 Paar gut erhaltene Knabenschuhe (Größe 36), passend für Konfirmanden, zu verkaufen Brühl 12, pt. l.

1 Paar fast neue Langstiefel sehr preiswert zu verkaufen. Restaurant „Aschinger", Kreuzstraße 1.

1 Paar neue Kreuzspangenschuhe (Nr. 37) preiswert zu verkaufen Hallesche Str. 23. 1 Tr.

Weiße Ballschuhe
(Gr. 39) zu verk. Klauentor 5.

Bettstelle
mit Matratze zu verkaufen Mehlverkauf Rischmühle.

Gut erhalt. Bettstelle
zu verk. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Zu verkaufen: Gr. hölz. Kinderbettstelle m. Matr. u. Keilk. für 140 M. Günther, Friedrichstr. 38

Bettstelle
zu verkaufen Breite Straße 26.

Kinderkorbgestell zu verkaufen Weißenfelser Str. 24, part

Ein heller Kinderwagen
billig zu verkaufen Brühl 1, pt.

Dank.
Für die überaus liebevollen Beweise und herzliche Teilnahme beim Heimgange unserer unvergeßlichen, lieben und teuren Entschlafenen sagen wir hierdurch unserem herzlichsten Dank. Besonders innigster Dank gebührt ihrem hochverehrten Chef, Herrn Stadtrat Tänzer, für seine bewährte Liebe und Aufmerksamkeiten.
Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen:
Familie Wilhelm Rex.
Merseburg, den 10. Februar 1920.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer innigstgeliebten, einzigen Tochter, unserer unvergeßlichen, herzensguten Schwester

Margarete Vollrath

sagen wir allen, die bemüht waren, uns in unserem Schmerze zu trösten, für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme unseren tiefgefühlten, herzlichsten Dank.
Familie Hermann Vollrath.
Merseburg, den 9. Februar 1920.

Meine Handakten über im Jahre 1914 und früher von mir vertretene Prozesse und sonstige Angelegenheiten sollen vernichtet werden. Personen, welche etwa noch Akten oder Schriftstücke aus den Akten auszuhändigt haben wollen, müssen sich bis zum **20. Februar 1920** in meinem Büro, Poststraße 14, melden.
Rechtsanwalt Dr. Rademacher.

Freitag, den 13. Februar, findet ½10 Uhr vormittags auf dem scharfen Baum bei Bergwitz (Bahnstrecke Bitterfeld-Berlin) der
Verkauf von zirka 630 Stück schlagbaren Kiefern
statt. Es ist zum Teil 80jähriger Bestand. Das Holz wird evtl. in kleineren Losen oder auch im Ganzen an den Meistbietenden verkauft. Versammlung der Bieter im Gutshause auf dem scharfen Baum. Der Besitzer.

Merseburger Auto-Lastfuhrgeschäft
empfiehlt sich zur Ausführung von
Lastfuhren
wie: Kohle, Zement, Holz usw. für Stadt u. über Land.
Brikett
— für Einzelverkauf am Lager. —
C. Wagner, Gutenbergstraße 13.

Heilquellen **Neu Ranoczy**
Vertr. für Heilwässer: Gotthardt-Drogerie, Merseburg.
Vertr. für Tafelwässer: Edm. Hickethier, Merseburg.

Der von der Handwerkskammer angesetzte
Kursus für Meisterprüfung und Buchführung
beginnt **Mittwoch, d. 11. Februar d. J., abends 8 Uhr**
im Hause Karlstraße 4. Die Handwerkskammer.

Kochherde
empfiehlt **Hermann Müller, Schmale Str. 19**

Guterhaltener Kinderwagen preiswert zu verkaufen Dormerk 24, 1 Tr. r.

Leder-Schulranzen zu verk. Annenstr. 23, pt. l.

Eine Freischwinger-Uhr zu verkaufen. Preis 225 Mk. Ober-Altenburg 28, part.

Zither
mit unterlegbaren Notenblättern zu verkaufen Sand 22, 3 r.

Eine gut erhalt. Zimmermannsche
Drillmaschine
(2 Meter breit) zu verkaufen Zöschen Nr. 74.

Ein 2jähr. weiß. Mütterspitz und ein Sofa sind preiswert zu verkaufen Teichstraße 31, 2 Tr.

Zirka 4 Zentner
Winter-Birnen.
Sehr gut haltbare Sorte, stehen bei mir zum Verkauf. Die Birne eignet sich vorzüglich zum Einmachen, aber auch zum sofortigen Essen. Angebote sind zu richten an Gutsbesitzer Alfred Boltze, Nieder-Clobicau.

2 jg. Zuchtenten (m. Legen begonn.) umständehalber preiswert zu verkaufen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Gehrock-Anzug
zu kaufen gesucht Gotthardtstraße 29.

Gebr. mittelgr. Waschwanne, Schöpfeimer, Tragkorb und Ledergamaschen zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis unter „355" an die Exped. d. Bl.

Heller gebr. Klappsportwagen m. Verdeck zu kauf. ges. Off. m. Preis unt. 362 a. d. Exp. d. Bl.

Einige gut erhaltene
Stühle und Tisch
zu kaufen gesucht. Offert unt. 366 an die Exp. d. Bl.

Gut erhaltener **Photo-Apparat,** Forml. 9×12 od. 10×15, zu kaufen gesucht. Gefl. Offerten mit Preisang. unt. Nr. 371 a. d. Exp.

Jeden Posten Langstroh kauft Gerichtsgefängnis Merseburg.

Altpapier
(Abfälle, Schriften, Bücher, Pappen, Akten etc.) kauft zu höchsten Tagespreisen in jeden, auch kleinsten Mengen
Arthur Kornacker
Papierverarbeitungswerk

Geldschränke, Kassetten Mauerschränke sof. lieferbar. Preisl. unt. H. & F. Steinbach, Mühlhausen i. Th. 78 Zb.

Zur Frühjahrsarbeit
empfehle:
Düngerstreuer in allen Breiten, Kultivatoren in allen Größen, — Pflüge und Walzen; —
ferner:
Häckselmaschinen, Jauchepumpen, Rübenschneider, Kreissägen zum Brennholz und Langschneiden.
Bestellungen auf Hackmaschinen können noch angenommen werden.
Fabrik landw. Maschinen u. Geräte
D. Bornschein
Bad Lauchstedt (Bez. Halle).

Verein d. Lichtbildfreunde.
Lichtbilder-Vortrag
über Freiherr von Hübl'sche **Gelbfilter**
am Donnerstag abend 8 Uhr im Vereinslok. „Zum alten Deßauer". Interessenten und Freunde der Lichtbildkunst sind hierzu herzlichst eingeladen. Der Vorstand.

Einmalige Bekanntmachung!
Bund Deutscher Bodenreformer
— Ortsgruppe Merseburg. —
Ortsgruppensitzung
am Donnerstag, den 12. Februar 1920, abends 7.30 Uhr im „Herzog Christian".
Vorträge über: „Mammonismus und Bauernlegen!"
Gäste und Freunde unserer Sache sind willkommen.
J. A.: Böhmert, Schriftführer.

Deutsch-demokrat. Partei
Kreisverein Merseburg.
Am Mittwoch, den 11. d. M., abends 7½ Uhr findet im Gasthof Zur preuß. Krone (Winkler) in Spergau eine
öffentliche Versammlung
statt. Parteisekretär Walther-Merseburg spricht über:
Demokratie und Landwirtschaft.
Alle Männer und Frauen werden zu dieser Versammlung herzlich eingeladen. Der Vorstand.

„Funkenburg" — Merseburg
Mittwoch, den 11. Febr., und Donnerstag, den 12. Febr., abends 8 Uhr abends 8 Uhr
Gastspiel des weltberühmten, origin. Zauberers u. Illusionist.
Herrn **Uferini** 3. Generation
(Sohn des bekannten Altmeisters A. Uferini)
mit seiner „Schau der Rätsel und Wunder"
Neu! Schauspiele schwarzer Wesen! Neu!
Hervorragende Illusionen! Unerreichte Fingerfertigkeiten!
Vor und während der Vorstellung **Konzert.**
Preise der Plätze im Vorverkauf bei Herrn Brendel (Zigarrengeschäft), Gotthardtstr., Tel. 471: 1. Parkett (num.) 3,— Mk., 2. Parkett 2,00 Mk., 3 Platz 1,00 Mk. An der Abendkasse 50 Pfg. Aufschlag (Städtische Billetsteuer ist auf allen Plätzen nachzuzahlen). Kassenöffnung eine Stunde vorher.

Strandschlößchen.
Mittwoch, den 11. Februar **Groß. Ball.**
Volles Orchester. Anfang 6½ Uhr. Neueste Tänze.

Kaninchenzüchter-Verein Ober-Beuna.
Sonntag, d. 15. Febr.
gr. Masken- u. Kostümfest
Von nachm. 3 Uhr an
BALL.
Einlaß der Masken 5 Uhr.
Es laden ergebenst ein
Der Vorstand. Der Wirt.

Veranlaßt durch eine Umfrage des Herrn Reichsarbeitsministers über die künftige Gestaltung der Verkaufszeiten in offenen Ladengeschäften gestatten sich die unterzeichneten Vorstände, alle Interessenten zu einer
Besprechung am Freitag, den 13. Februar, abends 8 Uhr im „Ratskeller"
ergebenst einzuladen.
Kaufmänn. Verein. Dobkowitz. **Rabatt-Spar-Verein.** Schäfer.

V.-C.-Abend Merseburg.
Die V.-C.er von Merseburg und Umgebung treffen sich mit Damen am Donnerstag, den 12. Februar, 8 h. s. t. im „Ratskeller".
Es wird gebeten, mit Band zu erscheinen.

Reichswirtschafts-Verband deutsch. derzt. ehem. Berufssoldaten
Ortsgruppe Merseburg
Mittwoch, den 11. Febr. 1920, abends 8 Uhr, im oberen Saale des Restaurants „Casino"
außerord. Versammlung
Tagesordnung: Stellungnahme z. Auslieferungsfrage.
Der Vorstand.
J. A. Dreßinger, 1. Schriftführer.

Läuse-Plage
vertilgen Sie in 1 Stunde unter Garantieschein jede a. Flöhe, Brut (Nissen) b. Mensch u. Tier m. pat. gesch. Mittel „Ecko da". F. Wunden unschädl. Verk. in Merseburg nur bei Fr. Freygang, Große Ritterstraße 7.

Eine bilanzsichere Buchhalterin
welche die Kasse und leichte Schreibarbeit mit zu übernehmen hat, wird in angenehme Stellung per bald gesucht. In Frage kommen nur sichere Rechner und keine Anfänger für Dauerstellung. Ausführliche, selbstgeschriebene Offerten mit Bild, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen umgehend erbeten.
Neumarkt 18 **H. Taitza, Merseburg,** Markt 19
Geschäftshaus für Manufakturwaren, Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion.

Tüchtige Tischler
für fournierte Möbel stellt bei höchstem Lohn ein
Hugo Schwimmer, Neumarkt 22.

Gasthaus Kölzschen
Sonnabend, d. 14. d. M.:
Gr. Geldpreiskegel-Turnier!
Anfang 5½ Uhr.
Emil Lindner, Gastwirt.

Jüng. Mann wünscht Bekanntschaft mit flotter Tänzerin (18—20 J.), die auch Mandoline spielt. Offert. unt. 354 an die Exp. d. Bl.

Junger Mann
im Alter von 30 Jahren **sucht Bekanntschaft** mit einer jg. Witwe od. jg. Dame. Offert. unt. 357 an die Exp. d. Bl.

Geb. Landwirtsohn,
von Beruf Tischler, 29 J. a., mittl. Figur, dunkelblond, hat 11000 M. Ersparnis und einen großen Teil Ausstattungsmöbel zur späteren Heirat, erbt später noch mehrere Tausend Mark, hat Lust und Interesse an der Landwirtschaft und möchte gern in eine solche oder in eine Tischlerei einheiraten, **sucht Damenbekanntschaft** zwecks späterer Heirat; Witwe mit Kind bis 32 J. angenehm. — Offert. unter 359 an die Exp. d. Bl.

Kohlenfuhren
werden ausgeführt Blumenthalstraße 7.

Damen- und Konfirmationsschneiderei
wird noch angenommen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Wäsche, auch Leibwäsche, zum Waschen u. Plätten w. angenommen Marta Beine, Gr. Ritterstr. 1, 1 Tr.

Beschäftigung
jeder Art für Nachmittag- oder Abendstunden, Sonntags event. auch vormittags, sucht junger Mann. Off. unt. 358 a. d. Exp. d. Bl.

Junges Mädchen, welches Haushalt vollständig selbständig führen kann, sucht Stellung als Stütze der Hausfrau, mögl. im evl. Haush. Off. unt. 343 a. d. Exp.

Junges Mädchen, in Stenographie und Schreibmaschine bewandert, sucht Stellung. Gefl. Angebote erbeten unter 367 an die Exped. d. Bl.

Jüng. Arbeitsburschen
sucht für sofort Peitschenfabrik Hallesche Str.

Ordentlicher älterer
*** Mann ***
als Hilfsheizer gesucht Städt. Krankenhaus.

Kaufm. Beamter,
firm in Buchhaltung u. Korrespondenz, gesucht. Bewerbungen unter Nr. 352 an die Exp. d. Bl.

Steindrucker-Lehrling
zu Ostern sucht unter günstigsten Bedingungen Albert Bruns, Weißenfelser Straße 2.

Einen Schmiedelehrling
stellt Ostern ein Ferd. Engel, Hüttenstraße 6.

Klempnerlehrling
zu Ostern gesucht. Hermann Müller, Klempnermeister, Schmale Straße 19.

1 ordtl. Dienstmädchen
bei hohem Lohn aufs Land gesucht. Zu erfragen bei Sattlermeister Kunth, Gotthardtstr. 13.

Wegen Erkrankung meiner Frau suche ich zum Führen meines Haushaltes (3 Kinder) **eine unabhängige Frau oder älteres Mädchen** für etwa 4 Wochen. Otto Dietze, Hirtenstr. 8, 1 Tr.

Ein zuverlässiges, ordentliches
Mädchen
zum 1. März gesucht Gutenbergstraße 1, 1 Tr. r.

Wegen Verheiratung des jetzigen suche ich zum 1. April ein zuverlässiges
Mädchen.
A. Fuß, Gotthardtstraße 46.

Aufwartung
gesucht Klauentor 5.

Saubere Aufwartung
für einige Vormittagsstunden gesucht Clobicauer Str. 8, 2 Tr.

Br. Lederportemonnaie
in der Post oder deren Nähe verloren. Wiederbringer erhält hohe Belohnung Bismarckstr. 1, pt.

Schwarzer Hofhund
entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung Klauentor 5.

Foxterrier entlaufen
Gegen Belohnung abzugeben Neuschauer Str. 5

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200211-10/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 35. Mittwoch den 11. Februar 1920. 46. Jahrg.

Deutschland.

Unabhängige „Hazardeure der Revolution".

Dem Scheidemannischen Wort „Hazardeure des Krieges" gegenüber haben nun die Kommunisten das Wort „Hazardeure der Revolution" auf die Unabhängigen geprägt. So schreibt nämlich der Kommunist Fritz Wolffheim in der Hamburger „Kommunistischen Arbeiterzeitung" vor wenigen Tagen über das Gebahren des unabhängigsozialistischen Abgeordneten Zubeil vor dem Reichstage bei der bekannten so blutig geendeten Demonstration gegen das Betriebsrätegesetz am 13. Januar d. J., wörtlich: „Solange Herr Zubeil nicht in der Lage ist, sich von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu reinigen, daß er durch sein unsinniges Gebahren die ohne jede Leitung gelassenen Massen zu ihrem Vorgehen gegen die Truppen ermuntert hat, so lange stehen wir nicht an, ihn und seine Kollegen, die anscheinend die proletarische Revolution mit einem Gaukelspiel politischer Schieber verwechseln, als Hazardeure der Revolution zu bezeichnen."

Herr Zubeil hat tatsächlich „eindringlich ermahnt" — und zwar, indem er die Demonstranten gegen die Sicherheitswehr aufgehetzt hat und nun wäscht dieser „Hazardeur der Revolution" seine Hände in Unschuld.

Erfolgreicher Eisenbahnerstreik gegen polnischen Übermut.

Berlin, 9. Febr. Der Eisenbahnerstreik in Dirschau hat einen Ausgang genommen, der nicht unbeachtet bleiben darf. Am Freitag hatten polnische Marinesoldaten das Denkmal Wilhelms I. abgerissen und den Kopf auf einer Stange im Triumph durch die Stadt getragen. Zur selben Zeit wurde an die deutschen Eisenbahner die Aufforderung gerichtet, über die preußische Kokarde auf ihren Dienstmützen die polnischen Adler zu setzen. Die Eisenbahner beantworteten diese Herausforderung mit der strikten Weigerung, unter solchen Umständen Dienst zu tun, stellten ein Ultimatum und traten in einen 24stündigen Protestirstreik. 24 Stunden waren Königsberg und Ostpreußen von jedem Verkehr abgeschlossen. Das war gewiß für den einzelnen Reisenden unangenehm, macht aber dem deutschen Empfinden der Eisenbahner alle Ehre. Ehe die 24 Stunden des ersten Streiks verstrichen waren, war der polnische Übermut gebrochen. Das Ultimatum der Eisenbahner wurde restlos angenommen. Der polnische Adler bleibt den Dienstmützen fern, die Eisenbahner bleiben preußische Beamte und werden nicht polnische. Das Denkmal des alten Kaisers aber wird auf einem deutschen Grundstück wieder aufgerichtet und die Kosten in Höhe von 80 000 ℳ tragen die Polen.

Die Zweifelentheorie der Arbeiter.

Die Gasanstalt Frankfurt a. M., deren Aktien sich größtenteils in städtischem Besitz befinden, beantigt neues Betriebskapital im Betrage von 2 Millionen Mark. Die Direktion hat nun wie der „Lok.-Anz." erfährt, beim Personal angefragt, ob dieses zur Aufbringung dieser Summe beitragen wolle. Die Angestellten und Arbeiter würden dann alle Vorteile genießen, die der Besitz von Aktien mit sich bringt, u. a. Vertretung in der Generalversammlung, auch in der Verwaltung. Eine Betriebsversammlung der Angestellten und Arbeiter hat jedoch den Vorschlag der Direktion mehrheitlich abgelehnt, und zwar nachdem eine Anzahl von Rednern ausgeführt hatte, daß das Ansinnen, das an die Arbeiter gestellt wurde, sie in zwei Lager spalte. Das würde bei einer Lohnbewegung zu ihrem Verhängnis führen, denn die Angestellten und Arbeiter, die an einem Unternehmen finanziell beteiligt seien, müßten bei Lohnstreitigkeiten eine vorsichtigere Haltung einnehmen, als die anderen Arbeiter. — So lange der deutsche Arbeiter dem Wirtschaftsfrieden so feindlich gegenübersteht, ist an eine Besserung der jetzigen traurigen Verhältnisse nicht zu denken.

Die Folgen der Bevölkerungsfreudigkeit in den großstädtischen Verwaltungen

bekommen jetzt auch die Arbeiter zu spüren. In der Neukölner Stadtverordnetenversammlung wurde von Unabhängigen Beschwerde darüber geführt, daß Notstandsarbeitern der Lohn restlos für Steuerrückstände beschlagnahmt worden sei. So habe z. B. ein Arbeiter von seinem Wochenlohn im Betrage von 80,05 ℳ nur 5 ℳ erhalten, einem anderen seien von 154 ℳ Lohn 141 ℳ gepfändet und ein Dritter habe nur einen leeren Lohnbeutel mit einem Zettel „alles gepfändet" erhalten. Vom Magistrat wurde erwidert, daß jedem Arbeiter, der nicht rechtzeitig Steuern zahlen könne, auf Antrag die Steuern gestundet und Ratenzahlung bewilligt würde. In den zur Erörterung gestellten Fällen liegt jedenfalls ein Selbstverschulden der Arbeiter vor, insofern sie es unterlassen hätten, sofort einen Stundungsantrag zu stellen.

Merseburg und Umgegend.

10. Februar.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

** Die Schwierigkeiten des Wohnungsbaues für die Fortführung der Siedlungstätigkeit ergeben sich deutlich aus dem Geschäftsbericht der Siedlungsgesellschaft Sachsenland in Halle (1918-19). Infolge der im November 1918 eingetretenen wirtschaftlichen Verhältnisse mußte die Bautätigkeit zunächst ganz eingestellt werden. Erst als Überteuerungszuschüsse für den Kleinwohnungsbau in Aussicht gestellt wurden, erschien es wieder möglich, die Bauten zu einigermaßen wirtschaftlichen Preisen abzugeben, so daß die Bautätigkeit wieder einsetzen konnte. Seit Frühjahr d. J. hat aber eine weitere noch ständig anhaltende Steigerung aller Löhne und Preise auf dem Baumarkt eingesetzt. Dadurch wurden trotz der erwähnten Zuschüsse Verkaufspreise für die fertigen Steffen bedingt, die das weitere Fortkommen der Siedler ebenfalls außerst erschweren, wenn nicht in Frage stellen werden. Die Siedlungsgesellschaft erwägt deshalb, bis auf weiteres die Bautätigkeit erhöhtich einzuschränken oder ganz einzustellen, falls nicht entweder durch Absenkung der Baupreise oder durch Bereitstellung höherer Überteuerungsbeihilfen die Verkaufspreise niedriger bemessen werden können. Bisher ist die Gesellschaft nur durch die geradezu türmische Nachfrage nach fertigen Siedlerstellen zum Weiterbau schon begonnener Ansiedlungen veranlaßt worden. Da nach den bisherigen Erfahrungen auf ein Sinken der Preise weder bei den Löhnen noch bei den Materialien zu rechnen ist, ist eine Erhöhung der staatlichen Zuschüsse dringend erforderlich, wenn nicht die Siedlungstätigkeit ganz ins Stocken geraten soll. Da dies unbedingt vermieden werden muß, wird der Reichsrat nicht anderes übrig bleiben, als bei dem Parlamente neue Mittel dafür anzufordern, bei deren Verteilung das platte Land in größerem Maße als bisher berücksichtigt werden muß. Die Volksbevrtzer werden bei der großen Wichtigkeit der inneren Kolonisation für den Wiederaufbau des Landes und die Gesundung des Volkes ihre Zustimmung nicht versagen.

** Steuereinschätzung für den Vermögenszuwachs im Kriege. Die Selbsteinschätzung für den Vermögenszuwachs im Kriege beschäftigt augenblicklich alle die, die es angeht, und zwar nicht nur die großen Verdiener, die hart mitgenommen werden, sondern auch die kleinen fleißigen Sparer, denen die neue Steuergesetzgebung eine bescheidene Rücklage nicht gönnen will. Im Finanzamt drängen sich alle, die über 6000 ℳ Zuwachs während des Krieges hatten, aber eine Aufforderung zur Einschätzung nicht erhalten haben, mit der Bitte um Formulare für die Anzeige. Es ist nun die Frage aufgeworfen worden, ob diejenigen, die eine Aufforderung erhalten, aber weniger als 6000 ℳ Zuwachs hatten, überhaupt deklarieren müssen. Diese Frage ist zu bejahen. Die Steuerverwaltung besteht auf Beantwortung ihrer Frage. Erfolgt eine Beantwortung nicht, so kommt Wiederholung mit gleichzeitiger erneuter Aufforderung und Strafandrohung. Zweifelnd sind viele darüber im Zweifel, ob sie die Vermögensanzeige einreichen sollen, da die endgültigen Steuerkurse noch nicht bekannt gegeben sind. Auch dieser Zweifel ist nicht begründet, die Berechnung soll auf Grund der bisher bekanntgegebenen Werte geschehen. Stellen sich spätere Abweichungen heraus, so kann der Steuerzahler berichtigen. Er braucht überhaupt nicht den Kurswert anzugeben und kann die Berechnung des Nennwertes der Behörde überlassen. Wie es überhaupt eine irrige Ansicht ist, wenn der Steuerpflichtige glaubt, seinerseits die Steuer festsetzen zu müssen. Die neue rechtswirkame Reichsabgabenordnung verbittet sich das ausdrücklich. Der Verpflichtete hat lediglich die an ihn gestellten Fragen zu beantworten. Die Festsetzung der Steuer aber ist Sache der Behörde, wogegen dem Steuerzahler in erster Linie der Einspruch beim Finanzamt, in zweiter die Beschwerde an das Finanzgericht, in dritter die Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof in München zusteht. Der Aufbau der Instanzen ist auf eine unparteiische und von großen Gesichtspunkten getragene Steuerrechtsprechung berechnet. Die Finanzämter, zu deren Obliegenheiten es gehört, Erkundigungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Steuerzahlers einzuziehen, erhalten durch die nähere Berührung einen besseren Einblick in die Verhältnisse des Steuerpflichtigen.

** Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene haben Anträge auf Zuschüsse und Unterstützungen aus der Nationalstiftung oder der Luderdorff-Spende, welch letztere nur für Kriegsverletzte in Frage kommt, nicht an die Renten- und Pensionsregelungsbehörde bei der Regierung, sondern nur an die von den Stadt- und Landkreisen eingerichteten Kreiswohlfahrtsämter zu richten. Letztere geben die ihnen eingegebenen Anträge an die Auszahlungsstelle weiter.

** Neue Höchstpreise für Süßigkeiten. Eine Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums setzt mit Wirkung vom 30. Januar die Höchstpreise für Pfefferkuchen und Pfefferkuchenteig wie folgt für Gruppe 1 (einfache, schmalzende, ein- oder doppelfarbige gegossene, fardierte Fondants) Vertellerpreis 1733 ℳ, Großhandelspreis 1940 ℳ, Kleinhandelspreis 2480 ℳ; Gruppe 2 (übergezogene und gefüllte, schmelzende sowie überzogene Pfefferkuchenfondants) 1904 bezw. 2132 ℳ; Gruppe 3 (überzogene und gefüllte Pfefferkuchenfondants mit Mandeln, Nüssen, Kirsch- oder Kirschtorcmefüllung) 2130 bezw. 2385 und 3040 ℳ, für 100 Kilogramm Reingewicht.

** Die Rechnung der Ruhegehaltskasse der Kommunalverbände der Provinz Sachsen für das Rechnungsjahr 1918 ist vorgeprüft und hat im Landeshause in hierselbst für die beteiligten Verbände zur Einsicht ausgelegen. Die Ergebnisse der Rechnung sind folgende: Unter Einnahmen sind verzeichnet 434 023,55 ℳ Umlage (7 Proz. der versicherten Dienstbezüge), 27 396,20 ℳ Zinsen des Rücklagefonds, 30 ℳ erstattete Militärpension, zusammen 483 464,14 ℳ. Die Ausgaben verzeichnen u. a. 318 907,46 ℳ Ruhegehälter, 48 650 ℳ laufende Kriegsteuerungszulagen, 73 600 ℳ außerordentliche einmalige Kriegsbeihilfen und 40 641,50 ℳ Überschuß an den Rücklagefonds. Einnahme und Ausgabe balancieren. Der Rücklagefonds bezifferte sich am Schlusse des Jahres auf 645 223,74 ℳ. Zu diesem Vermögensbestand gehören noch Einnahmereste an Einkaufsgeld in Höhe von 21 940 ℳ.

** Die Jahresrechnung der Witwen- und Waisenversorgungsanstalt der Provinz Sachsen für das Rechnungsjahr 1918 ist vorgeprüft und hat im Landeshause hierselbst zur Einsicht der beteiligten Verbände ausgelegen. Die Ergebnisse der Rechnung sind folgende: Einnahmen zusammen 1 574 846,56 ℳ, darunter 1 071 432,30 ℳ Umlage (6½ Proz. der versicherten Dienstbezüge), 20 110,91 ℳ Beitrag, 1 000 ℳ Kostenerstattungen für Vorjahre, 190 047,45 ℳ Zinsen des Rücklagefonds, 232 395 ℳ zur Deckung der II. außerordentlichen einmaligen Kriegsbeihilfe aus dem Rücklagefonds entnommener Kapitalbetrag. Die mit den Einnahmen balanzierenden Ausgaben weisen u. a. auf: 752 163,50 ℳ Witwen- und Waisengelder, 307 579,10 ℳ laufende Kriegsteuerungszulagen, 465 870 ℳ außerordentliche einmalige Kriegsbeihilfen, 46 380,49 ℳ zur Verminderung der nächstjährigen Umlage zu verwendender Überschuß. Der Rücklagefonds hatte am Beginn des Rechnungsjahres zusammen 5 169 286,89 ℳ Einnahmen und 250 000 ℳ zur Deckung außerordentlicher einmaliger Kriegsbeihilfen usw. verwendeter Ausgaben. Der Vermögensbestand beziffert sich sonach am Schlusse des Jahres auf 4 919 286,89 ℳ, wozu noch Einnahmereste an Einkaufsgeld in Höhe von 16 114 ℳ kommen.

*

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 9. Febr.

Zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am heutigen Abend waren 32 Stadtverordnete erschienen. Vom Magistrat sind anwesend Erster Bürgermeister Hertzog, Bürgermeister Dr. Mosebach, Stadtbaurat Bollinger und die Stadträte Bauer, Elze, Riedel, Langer, Tänzer und Wölfel. Der Zuschauerraum ist zu zwei Drittel besetzt. Die Versammlung beginnt zeitweilig im Dunkeln, so kurz vor ½7 Uhr und wieder um ½8 Uhr, wo das elektrische Licht wohl an die fünf Minuten versagte, die Besprechungen aber weitergingen.

Der Stadtverordnete Spiegel (M.-S.) teilt mit, daß er sein Amt als Stadtverordneter niederlegt; es mache sich daher eine Neuwahl erforderlich. Ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände bittet um die Vornahme von Tarifverhandlungen mit einer gemischten Kommission sämtlicher Angestelltenverbände. Ferner hat ein Hausbesitzer ein Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet, ihm bei dem Mietseinigungsamt zu seinem Recht zu verhelfen.

In die Beschlußfassung über die Tagesordnung eintretend, wird der erste Antrag auf

Erhöhung des Schulgeldes für die Mittelschulen

von dem Stadtv. Döbber (Dem.), wie bereits veröffentlicht, begründet und zur Annahme empfohlen. Er stellt noch die Frage nach der Handhabung der bisher bestandenen Schulgeldbefreiung. — Erster Bürgermeister Hertzog: Die Bestimmungen bestehen noch. Die Anträge sind jetzt jährlich zu stellen und werden in weitherzigster Weise bestimmt. Er weist nochmals hin auf die nur 50 Proz. Erhöhung des Auswärtigenschulgeldes. — Stadtv. Frauenheim (Dem.) wünscht Auskunft über den Zuschuß für die Schule. — Erster Bürgermeister Hertzog: Der Zuschuß für das einzelne Kind beträgt 230 ℳ. Für die Volksschule wird sich noch der kommenden Gleichsregelung der Zuschuß auf 190—200 ℳ stellen. — Berichterstatter Döbber stellt fest, daß nach einem früheren Stadtverordnetenbeschluß bei einem Schulbesuch von vier Kindern aus einer Familie in der Mittelschule oder Lyzeum Schulgeldbefreiung vom vierten Kinde an eintreten soll. — Darauf stimmt die Stadtverordnetenversammlung dem Magistratsantrag zu.

Versicherung der Einwohnerwehr.

Stadtv. Müller (D. Vp.) begründet die Vorlage wie veröffentlicht und glaubt, daß das Kollegium ihre Zustimmung geben wird. — Die Stadtv. Schneider und Koenen (U. S.) sind gegen die Vorlage und sprechen sich gegen die Einrichtung der Bürgerwehr aus. Die Stadtv. Bothe und Rabemacher (Dn.) geben eine Versicherung bei der Provinzialversicherung zu bedenken. Der Erste Bürgermeister Hertzog tritt für die Versicherung ein, die aus etatstechnischen Gründen bei der im Antrag vorgesehenen Versicherungsgesellschaft vorgeschlagen worden sei. In der ersten Abstimmung wird der Versicherung der Bürgerwehr überhaupt gegen die Stimmen der Unabhängigen zugestimmt, während bei der zweiten Abstimmung sich die Versammlung für die Versicherung der Bürgerwehr bei der Provinzialversicherung ausspricht.

Festsetzung des Wortlautes des Gemeindebeschlusses über Tagegelder und Reisekosten bei Dienstreisen.

Der Magistratsantrag wird von dem Stadtv. Eichardt (Dn.) wie veröffentlicht, bearbeitet. An der Aussprache beteiligen sich die Stadtv. Krüger (M.-S.), Grimm (Dem.) und Eichardt (Dn.), Erster Bürgermeister Hertzog und Stadtv.-Vorst. Junker. In ihr wird von seiten des Ersten Bürgermeisters festgestellt, daß Mehrkosten aller Beamten auf einfache dienstliche Versicherung hin zurückerstattet werden und daß Reisen im dienstlichen Interesse nicht zu Dienstreisen zu rechnen sind. — Darauf gibt die Versammlung der Vorlage ihre Zustimmung.

Nachbewilligung von 500 ℳ bei Abteilung B, Titel II 9, Ziffer 4 für die Altenburger Schule.

Stadtv. Hesselbarth (U. S.) bringt die Vorlage ein. Die Nachforderung ist zur Deckung laufender Ausgaben unbedingt notwendig. Dem Antrag des Berichterstatters gemäß, vollzieht die Versammlung die Bewilligung ohne weitere Besprechung.

Ausgabezugangsbewilligung bei Abteilung B, Teil 4, Ziffer 6 der Armenverwaltung.

Nach der Begründung der Vorlage durch den Stadtv. Frauenheim (Dem.) ist die Nachbewilligung von 550 ℳ notwendig für die Deckung der Unkosten für die Weihnachtsgabe von Preßsteinen an die Armen. Die von ihm beantragte Bewilligung nimmt die Versammlung ohne Besprechung hin.

Die Einstellung von zwei weiteren Hilfskräften bei der Sparkasse. wird von dem Stadtv. Heberer (Dn.) wie veröffentlicht begründet

---

Das Geheimnis von Dubschinka.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

41. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Dich, Seelchen, dich!"

„Schweigen Sie!"

„Mich, Kind, du zerreißt mir das Herz! Hast du dich denn nicht selbst überzeugt in der zweiten Nacht, als wir hier ankamen und noch im Schloß drüben wohnten? Bist du nicht hinübergelaufen in ihr Zimmer und hast sie selbst leibhaftig vor dir gesehen und den Grafen daneben?"

„Ja — ich sah sie — mich selbst —" murmelte die junge Frau, und ein Ausdruck starren Entsetzens glitt über ihr Gesicht, „sie stand da — in meinen Kleidern — neben ihm — und er sagte —"

Sie versank in finsteres Schweigen.

Die Alte hatte das Licht niedergesetzt und begann, die junge Frau anzustellen.

Dabei sagte sie: „Siehst du, daß ich recht habe? Und wie oft hat er es dir selbst wiederholt! Du bist Wanda, mein armes Täubchen, der die Heiligen alle Erinnerung genommen haben?"

Die junge Frau starrte grübelnd vor sich hin, ohne auf die Worte der Alten zu achten.

„Wie war es doch?" flüsterte sie abgerissen. „Wir kamen an und ich — schlief ein — dann, als ich erwachte — hatte ich gelbes Haar — und sie sagten mir, ich heiße Wanda und — sei wahnsinnig — —"

Plötzlich machte sie eine ungeduldige Bewegung.

„Was tun Sie? Wozu stehlen Sie mich an?"

„Weil dein Vater gleich hier sein wird und wir dann mit ihm fortfahren."

Die andere starrte sie einen Augenblick verständnislos an, dann glitt ein gespannter Ausdruck über ihre Züge.

„Fort? Wohin? Zu meinem Kinde?"

„Nein, mein Herzchen, Du hast ja nie ein Kind gehabt! Vater bringt Dich in ein Haus, wo Du es sehr, sehr gut haben wirst, viel besser als hier."

„Ah," sagte die junge Frau fast froh, „in eine Irrenanstalt also? Das ist gut! Dort gibt es Ärzte — dort wird man sehr bald sehen, ob ich krank bin!"

Die Alte antwortete nicht. Sie ging in das Nebenzimmer, dessen Tür sie offen stehen ließ, und kehrte bald mit einem Glas Wein zurück.

„Trinke, mein Herzchen. Es ist kalt draußen."

„Nein, ich will nicht trinken. Wahrscheinlich würde ich dann wieder einschlafen. Aber ich will wissen, wohin man mich führt. Und Sie brauchen keine Sorge zu haben — ich werde ganz ruhig und gerne mitgehen, denn ich weiß ja, daß dort die Rettung wartet!"

Ihr Blick fiel auf einen gepackten Koffer, der im Nebenzimmer stand. Sie sagte hastig:

„Ah, es ist also schon alles bereit. Desto besser! Wir wollen gleich hinunter gehen."

In diesem Augenblick öffnete sich die Tür und der Portier Dobrick trat ein. Auf seinen Zügen lag das gewöhnliche, freundliche Lächeln.

„Nun — seid Ihr bereit? Wanda, mein Liebling, wie geht es Dir heute?"

Die junge Frau würdigte ihn keiner Antwort. Stumm wandte sie sich der Tür zu. Ein entschlossener, zuversichtlicher Ausdruck lag in ihrem Gesicht.

Die Alte schritt voran. Dobrick, der den Koffer wie ein Spielzeug auf die Schulter genommen hatte, folgte, nachdem er das Licht in die Hand genommen hatte.

Unten im Schnee stand ein geschlossener Wagen, dessen Pferde eine Frauensperson hielt. Ihr gab Dobrick das Licht. Es war Mamsell Kathinka.

Die beiden Bewohnerinnen des Gartenhauses stiegen schweigend ein, Dobrick schwang sich auf den Bock.

„Geh gleich hinein, Kathinka, und mache Ordnung," befahl er der Mamsell. „Morgen früh darf keine Spur mehr verraten, daß hier jemand gewohnt hat!"

Zuletzt beugte er sich noch einmal vom Bock herab zur Mamsell. „Wie geht es ihr?" flüsterte er leise.

„Ganz gut. Sie ist genau so wie immer," antwortete Kathinka, „und wird morgen ihrer Aufgabe gewachsen sein. Übrigens werde ich auf alle Fälle im Nebenzimmer bleiben und sie einfach abrufen, wenn ich merke, daß ihre Kräfte nicht ausreichen."

„Gut. Vorwärts."

Der Kutscher hielt den Pferden. Der Wagen rollte langsam fort, und die Mamsell trat in das Gartenhaus ein.

*

Es war punkt elf Uhr vormittags, als Mr. Allan Parkinson mit zwei Herren den äußeren Patterre-Salon von Dubschinka betrat, wo Gräfin und Gräfin Koschwinski sie erwarteten.

Der Amerikaner wechselte, von Koschwinski mit großer Liebenswürdigkeit angesprochen, ein paar gleichgültige Worte mit diesem.

Von seiner Kusine hatte er bisher sonderbarer Weise gar keine Notiz genommen, obwohl die Gräfin vielleicht noch nie im Leben so berückend schön ausgesehen hatte wie heute, in dem pelzverbrämten, schwarzen Samtkleid, mit den zart geröteten Wangen und den strahlenden, blauen Augen, in denen ein funkelndes Glitzern war, wie von heimlich züngelnden Flammen.

Sie saß auf einem Sofa am Pfeiler mit dem Rücken gegen die Fenster und plauderte mit dem Notar. Dabei aber flogen ihre Blicke halb verwundert, halb gereizt zu Parkinson, der ihr noch immer den Rücken drehte.

Was fiel ihm ein, sie, die Hauptperson, nicht einmal zu begrüßen? Auch Koschwinski war erstaunt und beunruhigt.

„Wollen Sie nicht Graze begrüßen, lieber Parkinson?" fragte er endlich. „Ich fürchte, sie wird Ihnen die Vernachlässigung übelnehmen —"

„Einen Augenblick Geduld," antwortete der Amerikaner gleichgültig, „ich muß mich zuerst bei Ihnen entschuldigen, daß ich Puttchen nicht mitbrachte."

„Wie — Sie haben die Kleine nicht mitgebracht?"

„Nein. Sie schlief noch, als wir von Pillen wegfuhren, und ich hatte nicht das Herz, sie aufzuwecken."

„Ich dachte, Sie seien in Kolarschin abgestiegen?"

„Allerdings. Aber diese Nacht schlief ich in Pillen."

Der Amerikaner verstummte und warf einen Blick nach dem Fenster, von dem aus er einen Automobil draußen wieder vorfuhr, langsam gewendet wurde und in Schweite des Fensters stehen blieb. Der Chauffeur stieg ab und begab sich in das Haus.

„Nun, Puttchen hat ja ihre Erzieherin bei sich und ist also sicher aufgehoben. Sie werden Sie uns nachmittags heimschicken. Beliebt es Ihnen nun vielleicht, die Geschäftsangelegenheit meiner Frau in Angriff zu nehmen?"

„Gewiß. Sogleich!" erwiderte der Amerikaner, während eine leichte Blässe innerer Erregung sein Gesicht überflog. „Aber wir benötigen dazu sowohl die persönliche Willensneigung, auch die Unterschrift meiner Frau und — ich sehe die Gräfin noch nicht hier!"

Koschwinski starrte ihn einen Augenblick sprachlos an, dann glitt ein verzerrtes Lächeln über sein Gesicht.

Parkinson wandte sich um und heftete aus seinen klaren, grauen Augen einen durchdringenden Blick auf die Gräfin, die sich erhoben hatte, und sich mit gepreßten Fingern auf die Tischplatte stützte. Graze stand etwas hinter ihrer Haltung.

„Sie irren," sagte der Amerikaner kalt. „Diese Dame ist nicht meine Kusine Grace!"

In Koschwinskis Zügen trat ein drohender Ausdruck.

„Herr — wollen Sie mich zum besten halten — oder — sind Sie wahnsinnig?" stieß er erregt heraus.

„Weder das eine noch das andere," gab Parkinson mit ruhiger Kälte zurück, „aber es scheint, daß Sie sich einbilden, mich zum besten halten zu können! Glaubten Sie wirklich, mit mir diese plumpe Komödie aufführen zu können, durch die Sie Ihre Dienerschaft bisher täuschten?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200211-10/fragment/page=0005

und der Zustimmung empfohlen. — Auf eine Anfrage des Stadtv. Daniel (U. S.) legen der Bürgermeister Dr. Moesbach und der Erste Bürgermeister übereinstimmend die Notwendigkeit der Einstellung der beiden Hilfskräfte dar. Dementsprechend gibt die Versammlung der Vorlage ihre Zustimmung.

Genehmigung der Ordnung über die Erhebung einer Schankerlaubnissteuer.

Stadtv. Weidling (Dem.) begründet die Vorlage wie veröffentlicht. Er bezeichnet die Steuer als nicht gerecht und ersucht um Ablehnung der Vorlage, bis die Verkunftsätze des Spirituosenmonopols festgesetzt sind. — Die Stadtv. Dr. Redemacher (Zn.), Bollrath (Dem.) und Koenen (U. S.) bezeichnen sie gleichfalls als ungerecht und sind dagegen, ebenso ist der Stadtv. Krüger (M.-S.) gegen die Vorlage. Bürgermeister Dr. Moesbach und Erster Bürgermeister Hertzog treten für die Vorlage ein, da sie keine Schädigung des bestehenden Gastwirtsgewerbes sei. Weiter beteiligen sich in geringem Maße die Stadtv. Bothe (Dn.) und Schneider (U. S.) an der Aussprache. — Bei der Abstimmung wird 1. die ganze Magistratsvorlage auf Erhebung der Schankerlaubnissteuer gegen einige Stimmen abgelehnt, 2. ebenso die Vorlage einer neuen Ordnung gegen eine größere Minorität.

Die Magistratsvorlage auf

Regelung der Angestellenversicherung der Schwesternschaft des städtischen Krankenhauses

wird von dem Stadtv. Fiedler (U. S.) wie veröffentlicht begründet und der Zustimmung empfohlen, die von der Versammlung ohne weiteres erteilt wird.

Wahl der Deputation für Körperpflege.

Stadtv.-Vorst. Junker teilt den Personenvorschlag der Wahlkommission mit, wonach von den Stadtverordneten in die Kommission entsandt werden die Herren Heilmann (Dem.), Wolf (U. S.) und Frau Hacke (Dn.), von der Arbeitsgemeinschaft der Turn- und Sportvereine die Herren Turnlehrer Frohne, Lehrer Wesche und Glaser Paul Horn. Die Versammlung ist mit deren Wahl einverstanden. — Einem Antrage des Stadtv. Krüger (M.-S.) entsprechend wird dann noch beschlossen, daß nach den Richtlinien des Reichsausschusses für Körperpflege und des Zentralausschusses für Arbeiter-Turnwesen aus der Bürgerschaft sechs Mitglieder gewählt werden sollen, so daß der Ausschuß also auf 9 Mitglieder erhöht wird.

Damit war die veröffentlichte Tagesordnung erledigt. Stadtv.-Vorst. Junker begründet dann noch einen dringlichen Antrag des Magistrats auf

Bewilligung von 600 M für die Herstellung von Stadtplänen.

Die Herstellung ist infolge einer Verfügung des Regierungspräsidenten und des Erlasses des Ministers für Wohlfahrt, betreffend die Beginnstigung der Landhausbauart dringend notwendig, da bisher keine Stadtpläne bestehen. Es sollen 50 große und 50 kleine Stadtpläne hergestellt werden. Nachdem der Erste Bürgermeister kurz die Notwendigkeit unterstrichen, wird der Betrag bewilligt.

Dann wird noch eine

Anfrage der U. S. P. D., betreffend den verschärften Belagerungszustand

von dem Stadtv.-Vorst. an den Magistrat bekannt gegeben. In dieser wird angefragt, ob dem Magistrat Gründe für diese Maßnahme bekannt sind oder ob er Schritte dagegen unternehmen kann. — Der Erste Bürgermeister Hertzog beantwortet die Anfrage dahin, daß dem Magistrat keinerlei Gründe dafür bekannt sind, daß ihm diese Maßnahme ebenso überraschend gekommen ist wie den übrigen Bürgern. Vom Magistrat aus ist nichts hierfür geschehen, da eine Handhabe nicht gegeben ist bezw. vorliegt.

Damit war die heutige Sitzung der Stadtväter beendet und man trat um 8¼ Uhr in eine geheime Beratung ein. S.

*

Mensch und Tier

lautete das Thema, das Professor Bithorn im 66. Bildungsabend am vergangenen Montag behandelte. Der Redner führte etwa folgende Gedanken aus: Vor fünfzig Jahren wurde viel über die Abstammung des Menschen vom Affen gesprochen. Im Laufe der Zeit ist diese Lehre wesentlich angezweifelt worden. Wir wollen den Zusammenhang zwischen Mensch und Tier ohne Jammer und Zubel nachprüfen. Wie Kopernikus der Erde unter den Gestirnen, so hat Darwin dem Menschen unter den Lebewesen die Sonderstellung genommen. Kein Lebewesen, sei es Pflanze, Tier oder Mensch, ist von vornherein fertig; alles ist der Entwickelung unterworfen. So wurde das Wort „Entwickelung" das Kampfgeschrei in gelehrter und volkstümlicher Rede. In früheren Zeiten dachte man darin anders. Dem Altertum und dem Mittelalter, gleichviel ob es sich um die Philosophie eines Plato handelt oder um die engbegrenzende Lehrerlaubnis der Kirche: beiden Zeitaltern war das Verlangen nach etwas Festem, Unveränderlichen eigen. Die Neuzeit hat nach allen Seiten diese festen Umfriedigungen durchbrochen und lehrt, daß alles im Flusse sei, daß auf allen Gebieten die Bahn für den Fortschritt freizumachen ist. Das Wort „Entwickelungstheorie" ist die Fahne, der jeder Freund des Fortschritts folgen muß. Wer aber ernst nach Klarheit sucht, muß hier vorsichtig sein. Man muß doch zugeben, daß Darwins Naturbild sehr nüchtern und seelenlos ist. Darwin kennt in seiner Lehre keine Zielstrebigkeit. Die Arten verändern sich nicht planvoll, infolge einer inneren Triebkraft, sondern planlos und nur durch äußere Verhältnisse gezwungen. So ist dabei nicht von einem geistvollen Weltwillen die Rede, sondern nur von einem Spiel äußerer Art. Hiernach liegt eigentlich keine Entwickelung vor, es dankt sich bei Darwins Ansicht nur um Veränderung, Verschiebung. Die neuere Wissenschaft ist mit einer solchen Auffassung durchaus nicht einverstanden. Die Entwickelung wird wohl von ihren Vertretern anerkannt, aber über Ursachen und Wege ist man sich nicht einig. Darwin läßt im Kampf ums Dasein die Arten entstehen, während die Neueren gerade in diesem Kampf ein Hemmnis für die Entwickelung der Lebensformen erblicken. Wäre der Daseinskampf nicht so hart, so würde die Entfaltung neuer Formen noch viel zahlreicher sein. Nach Darwins Lehre sind alle Arten veränderlich; nach Auffassung der Neueren sind scharfausgesprochene Formen unveränderlich. Darwin sieht den Naturfortschritt in der Anpassung an geneigte Verhältnisse, während nach anderen Forschern bei Anpassung gar keine Vervollkommnung möglich ist. Eine wirkliche Vervollkommnung ist überhaupt nicht mechanisch zu erklären, eine gewisse innere Triebkraft ist vielmehr dazu nötig. So ist die Auffassung Darwins jedenfalls wesentlich verändert. Das Rätsel des Lebens hat man tiefer gewürdigt, besonders die Sprungbaftigkeit und Unberechenbarkeit der Entwickelung erkannt. In einem stimmen aber alle überein: Entwickelung ist das Grundgesetz in der Schöpfung. Kann sich nun ein religiöses Gemüt mit dieser Auffassung befreunden? Jedenfalls wäre es ein Mißbrauch, wollte man die Bibel in naturwissenschaftlichen Dingen heranziehen. Das religiöse Lebensbuch Mahre Religion will der Wissenschaft nicht hemmend in den Weg treten. Aber erweckt der Gedanke nicht Unbehagen, daß der Mensch dem Tier entstammen soll, daß ein affenähnliches Geschöpf unser Urahne sei? Eine Frömmigkeit, die aus der Tiefe kommt, wird sich mit einer rechtverstandenen Entwickelungslehre wohl befreunden können. Wenn alles aus der Urzelle entstanden ist, so erweckt das ebenso Staunen wie das Sechstage-Schöpfungswerk. Wie Kopernikus den Himmelsglanz nicht hat nehmen können, so kann auch Darwins Lehre die göttliche Widerspiegelung im Menschenauge nicht verdunkeln. Das Weltbild ist vielmehr noch staunenswerter geworden. Seine Lehre kann weder die Hoheit des Schöpfers noch dem Menschen die Würde rauben. Es kommt eben in erster Linie darauf an, was wir jetzt sind. Ein Fehler vieler Forscher ist es, große Kulturgebiete aus niedersten und frühesten Formen erklären zu wollen. Es ist gewiß höchst interessant, die Kunst der Höhlenbewohner oder die Religion von Zwergenvölkern zu erforschen, aber besser ist es doch, hierbei den vollentwickelten Menschen anzusehen. Es klafft seit Jahrtausenden eine große Kluft zwischen Mensch und Tier. Schon die äußere Haltung des Tieres beweist es. Mag der Affe im Klettern noch so geschickt sein, sein schwankendes Gehen, seine unentwickelte Nase und Stirn lassen ihn weit hinter den Menschen treten. Die teingebildeten Menschenhände haben unendlich mehr geschaffen, als die vier entsprechenden Gebilde beim Tier. Schwerer noch wiegen die geistigen Unterschiede. Manche Tierforscher wollen zu viel menschenähnliche Gedanken im Tier sehen; die sonderbaren Berichte über das Ameisenleben gehören hierher. Sie sind wohl zumeist keine Forschungen, sondern Tiermärchen. Es ist überhaupt sehr schwer, Genaues über das Seelenleben der Tiere festzustellen; über Vermutungen kommt man allermeist nicht hinaus. Liebhaberbehauptungen haben noch keinen wissenschaftlichen Wert. Etwas Entscheidendes fehlt im Seelenleben der Tiere. Schon der Blick auf die Sprache lehrt den großen Unterschied im Geistigen. Selbst die höchstentwickelten Tiere haben wohl eine Laut- als Verständigungssprache, aber noch lange keine Sprache. Das ist nicht bloß in einer mangelhaften Ausbildung der Sprachwerkzeuge begründet. Die Fülle von Geistesarbeit, die die Sprache in sich schließt, kann eben bloß der Mensch leisten. Dem Tier ist auch ein Mangel an Fortschrittsfähigkeit eigen. Der Menschengeist schafft in Musik und Kunst stets neue Formen, das Tier der Vogel, bleibt sich im Gesang und Bau des Nestes wahrscheinlich immer gleich. Deshalb sehen wir Menschen nicht unbarmherzig oder

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 12 — Dienstag, den 10. Februar — 1920

Separationsplan von Merseburg — Nr. 344 —.

Nach den Beschluß des Magistrat in Merseburg als dem durch Beschluß vom 17. November 1887 Nr. 1169 bestellten Vorsteher der Gesamtheit der Beteiligten an den gemeinschaftlichen Angelegenheiten, welche durch den am 31. Dezember 1872 bestätigten Separationsplan von Merseburg — Gld. Nr. Nr. 344 — begründet sind, ist auf Grund des Gesetzes vom 2. April 1887 (Gesetz-S. 159) beschlossen worden, die Gesamtheit mit dem im Regelfall 1 Beitragsrolle — Separationsplan — vom 12. Februar 1920 um identisch

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld, durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 15 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 20 Pfg., im Reklameteil 60 Pfg., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 35 — Mittwoch, den 11. Februar 1920 — 46. Jahrg.

Paul Rohrbach über Monarchie und Republik.

Der aus der national-sozialen Partei hervorgegangene Dr. Paul Rohrbach hat im Verlag von J. Engelhorns Nachfolger in Stuttgart eine Broschüre erscheinen lassen (Preis 1,50 ℳ), die sich in trefflicher Weise mit der Frage beschäftigt, welche Regierungsform augenblicklich in Deutschland möglich ist. Die Ausführungen Rohrbachs haben deshalb besondere Bedeutung, weil dieser als überzeugter Monarchist doch zu dem Ergebnis kommt, daß augenblicklich nur die Republik die einzig mögliche Staatsform in Deutschland sei. Die Schuld daran, daß wir den Krieg verloren haben und daß die Monarchie zusammengebrochen ist, sieht Rohrbach darin, daß uns die Politik der großen Idee gefehlt hat, durch die Bismarck seine Erfolge erzang. Dem friedericianischen Militarismus, der den Militarismus in den Dienst des Staates stellte, waren wir zum wilhelminischen Militarismus übergegangen, der weder zur Fassung einer großen Idee noch eines raschen Entschlusses geeignet war. Kaiser Wilhelms Charakter nennt Rohrbach einen unpassierbaren Filter für große Ideen und große Männer.

Wir haben den Fehler begangen, durch den Einmarsch in Belgien, den Bismarck bei der Krisis des Jahres 1887 entschieden zurückgewiesen hat, unseren Feinden einen ideenpolitischen Kampfaktor zu schaffen, dem wir kein entsprechendes Gegengewicht auf deutscher Seite gegenüberstellen konnten. Die innere Geschlossenheit war nicht aufrecht zu erhalten, da die Monarchie nicht den Mut aufbringen konnte, das preußische Dreiklassenwahlrecht zu beseitigen. Vollends unmöglich aber machte sich die Monarchie, als der Kaiser nach der Annahme der Zuliresolution durch den Reichstag im Jahre 1917 nicht den Mut der Entscheidung in der belgischen Frage fand. Daran brach die Heimatfront zusammen, man glaubte im deutschen Volke nicht mehr, daß die Regierung, die in diesem Falle mit der Person des Kaisers zusammenfiel, ehrlich den Frieden wolle. Die Rückkehr der Monarchie hält Rohrbach also zur Zeit für unmöglich und sieht die einzig mögliche Lösung in einer demokratischen Regierung, die den nationalen Gedanken und den sozialen Fortschritt auf ihre Fahne geschrieben hat. „Wenn es der Republik gelingt, Deutschland die Führer zu schaffen, die es zum Wiederaufstehen braucht, so wird alle monarchistische Propaganda der Zukunft von selber kraftlos bleiben," meint Rohrbach. „Gelingt aber der Republik diese Aufgabe in absehbarer Zeit nicht, fängt das Volk an zu fragen, wo bleiben die, die uns im Namen der Republik zu besseren Tagen führen sollten, wir sehen sie nicht! — so werden sich seine Augen naturnotwendig wieder der monarchischen Propaganda zuwenden, und niemand wird es daran hindern können. Zeigt diese Propaganda dann wirkliche Führerpersönlichkeiten am Werk und zeigt sich ein Träger des alten monarchischen Gedankens in Deutschland, dessen Persönlichkeit in den entscheidenden Berufen und Schichten im Volk Vertrauen erweckt, so werden die Tage der deutschen Republik gezählt sein. Wahnsinn aber ist es, wenn heute jemand an die Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland mit äußeren gewaltsamen Mitteln, durch Putsche und dergleichen, denkt. So etwas zu planen bedeutet den Bürgerkrieg, und wenn es Leute gibt, die daran denken, so darf das nationale Verbrechen, auf das sie ausgehen, moralisch darum kaum milder bewertet werden, weil sein Zusammenbruch schon in den Anfängen sicher vorausgesehen werden kann.

Gegen die Auslieferung.

Die Parteien hinter der Regierung.

Aus Berlin wird berichtet: Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten ist am Montag nachmittag zusammengetreten und hat in mehrstündiger Beratung im großen und ganzen sein Einverständnis mit der Haltung der Regierung ausgesprochen. Er hat sich aber vorbehalten, daß er vor neuen Entscheidungen gehört wird, und es darf angenommen werden, daß deshalb die Nationalversammlung nicht vor dem ursprünglich angesetzten Termin, also etwa Ende Februar, einberufen werden wird. Die Aussprache wurde eingeleitet durch ein längeres Referat des Ministers des Äußern Müller, der feststellen konnte, daß auf seiten unserer Gegner in der Auslieferungsfrage keine Einheitlichkeit bestehe. So haben beispielsweise alle feindlichen Militärmissionen in Berlin sich gegen die Auslieferung ausgesprochen, ebenso die englische Marine und die englischen Flieger. Herr Müller unterstrich besonders, daß das Verhalten des deutschen Geschäftsträgers Frhr. v. Lersner im ganzen Auslande ausgezeichnet gewirkt habe. Er habe der Entente bereits bei der ersten Gelegenheit gezeigt, welche Widerstände die deutsche Regierung auch bei ihren Beamten in der Frage der Auslieferung zu überwinden hätte. Herr Müller kam schließlich zu dem Ergebnis:

„Es kann angedroht werden, was will; wir sind physisch außerstande, auszuliefern."

In der Aussprache ging seinen besonderen Weg nur der Unabhängige Cohn, der auch als einziger bereits im Besitze der Auslieferungsliste war. Er teilte daraus u. a. mit, daß Herr v. Bethmann nicht wegen Verletzung der belgischen Neutralität, sondern wegen der Verantwortung für die Deportationen belgischer Funktionäre verlangt wird. Mit allen Zeichen der Entrüstung verlas er, daß Generalfeldmarschall v. Mackensen durch seine Soldaten 15 Tage lang Belgrad habe plündern lassen und deshalb zur Bestrafung verlangt werde. Für Herrn Cohn ist das ganze nationale Empfinden etwas künstlich Konstruiertes. Er begriff deshalb auch nicht, weshalb das deutsche Volk Wert darauf lege, die Aburteilung durch seine eigenen Gerichte erfolgen zu lassen. Für seine ganze Geistesrichtung ist es aber doch bezeichnend, daß Cohn Herrn Noske aus einem gemeinsamen Frühstück mit dem englischen Geschäftsträger und dessen Militärattachee einen Vorwurf konstruierte, weil dadurch der alte Fehler der deutschen Politik, der Versuch, unsere Gegner zu entzweien, wieder aufgenommen werde.

Der Minister Müller teilte bei einer zweiten Rede noch mit, daß die von uns schon

angekündigte Gegenliste,

worin auf Grund des zahlreichen deutschen Materials Anklage gegen die feindlichen Staatsmänner und Offiziere erhoben werde, demnächst veröffentlicht werden soll.

Neueste Nachrichten.

Eine neue Auslieferungsforderung an Holland.

Amsterdam, 10. Febr. (Priv.-Telegr.) Die Londoner Times berichten, daß der Oberste Rat in Paris eine neue Note über die Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers verfasten, die der Regierung der Niederlande überreicht werden soll. Diese Note wird in London bei der Zusammenkunft der alliierten Minister besprochen werden.

Steigerung der Förderung im Ruhrrevier.

— Essen, 10. Febr. (T.-U.) Auf den Thyssenschen Zechen im Hamborner Bezirk werden seit kurzer Zeit in großem Umfange Überschichten verfahren, die bisher zu einer Steigerung der durchschnittlichen Förderung um 30 Prozent führten. Die Bereitwilligkeit zur Leistung von Überschichten, für welche außer 25 Prozent Lohnzuschlag Lebensmittel zu billigen Preisen geliefert werden, nimmt jetzt auch unter den Belegschaften der anderen Ruhrzechen zu.

Besuch preußischer Minister in Düsseldorf.

Düsseldorf, 10. Febr. (Priv.-Telegr.) Gestern weilten der preußische Ministerpräsident Hirsch, der Handelsminister Fischbeck und der Wohlfahrtsminister Stegerwald in Begleitung des Oberpräsidenten v. Groote in Düsseldorf. Nach einer Besprechung mit der Provinzialverwaltung fand eine Konferenz mit Vertretern von Industrie, Handel und Gewerbe statt. Von dort aus begaben sich die Herren nach dem Rathaus, wo der Ministerpräsident Hirsch auf eine Anfrage des Oberbürgermeisters erklärte, der Gedanke einer Industrieprovinz sei nicht von der Regierung ausgegangen, die Regierung habe nichts mit dem Plan zu tun. Die Minister hätten sich auf ihrer Reise überzeugt, daß die Absonderungsbestrebungen von Preußen bei den maßgebenden Personen und Organisationen im Rheinland nicht vorhanden seien. Die Minister werden voraussichtlich heute früh die Rückreise nach Berlin antreten.

Doch 100 Prozent Fahrpreiserhöhung.

Dresden, 10. Febr. (T.-U.) Die Sächsische Staatszeitung meldet: Entgegen anders lautenden Meldungen erfahren wir an zuständiger Stelle, daß die Preise für den Personenverkehr doch um volle 100 Prozent erhöht werden statt der gemeldeten 75.

Die Rechte Norwegens auf Spitzbergen.

Paris, 10. Febr. (T.-U.) Gestern nachmittag ist im Ministerium des Auswärtigen ein Vertrag zwischen Amerika, England, Dänemark, Frankreich, Italien, Japan, Norwegen, Holland und Schweden wegen der Rechte Norwegens auf Spitzbergen unterschrieben worden.

Schließung weiterer Eisenbahnwerkstätten.

Berlin, 10. Febr. (T.-U.) Wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes mußte die Eisenbahnwerkstätte in Berlin-Grunewald geschlossen werden. Sie wird erst dann wieder eröffnet werden, wenn sich eine bessere Leistungsfähigkeit erzielen läßt.

Magdeburg, 10. Febr. Gestern morgen wurde die Eisenbahnwerkstätte Buckau wegen dauernder Unrentabilität geschlossen und die gesamte Belegschaft von 2400 Mann entlassen.

Auslieferungsverhandlungen mit Österreich.

Wien, 10. Febr. (T.-U.) Die Auslieferungsverhandlungen mit Österreich-Ungarn sind noch nicht entschieden. Auf der Liste steht angeblich auch der Erzherzog Friedrich. Es erwachsen der Entente daraus Schwierigkeiten, daß das Österreich-Ungarn, welches den Krieg herbeigeführt hat, heute nicht mehr besteht. Die Auslieferungsliste ist schon deshalb undurchführbar, weil die meisten der Auszuliefernden jetzt Staatsangehörige der Nationalstaaten sind, die mit der Entente in bestem Verhältnis stehen.

Ein Verfassungsentwurf für Österreich.

Wien, 10. Febr. (Priv.-Telegr.) Staatssekretär Meyer veröffentlicht einen von ihm als Privatarbeit verfaßten Vorentwurf für die Verfassung der bundesstaatlichen Republik Österreich. Unter deren Ländern erscheint auch Deutsch-Westungarn, und als Bundeshauptstadt Wien. Der Verfassungsentwurf sieht einen aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Bundesstaat und einen von den verschiedenen Landtagen beschickten Bundesrat vor.

Zeitungsverbote durch die Franzosen.

Mannheim, 10. Febr. Die Pfalzzentrale meldet: Sämtliche in Neustadt erscheinenden Tageszeitungen sind von dem französischen Kontrolloffizier auf drei Tage verboten worden, weil sie ein Inserat über die Grenzsperre für die Abstimmungsgebiete veröffentlichten.

Keine Personalunion Belgien-Luxemburg.

Luxemburg, 10. Febr. (T.-U.) Bei der luxemburgischen Regierung ist ein Schreiben des Königs Albert von Belgien eingetroffen, in welchem er die Großherzogin Charlotte als Großherzogin von Luxemburg anerkennt. Damit ist die Frage der Personalunion zwischen Belgien und Luxemburg in verneinendem Sinne gelöst.

Die Auffassung des Auswärtigen Amtes, daß das Verhalten des Herrn v. Lersner gut gewirkt habe, finden wir auch bestätigt in einem Bericht, der uns von beachtlicher Seite aus Paris zur Verfügung gestellt wird. Wir entnehmen ihm, daß nach der Weigerung Lersners der Oberste Rat zunächst ratlos gewesen sei. Die Entente sei sich klar, daß Repressivmaßnahmen, also die Wiederaufnahme des Krieges, in der französischen Kammer keine Mehrheit finden würden, daß sie also schließlich auf den guten Willen Deutschlands angewiesen sei. Der Oberste Rat habe daher sogar erwogen, an Herrn v. Lersner heranzutreten und ihm verstehen zu geben, daß er bei seiner Ablehnung von falschen Voraussetzungen ausgegangen wäre. Da sei das Telegramm aus Berlin als eine Erlösung betrachtet worden, wonach Herr v. Lersner durch die deutsche Regierung desavouiert worden sei und der Oberste Rat gebeten wurde, die Liste durch den französischen Geschäftsträger in Berlin überreichen zu lassen. Jedenfalls könne man sagen, daß die Sorgen in Paris größer wären als in Berlin, um so mehr, als auch aus amerikanischen Pressestimmen hervorgehe, daß in Amerika keine Partei mit der Auslieferung auch nur das Geringste zu tun haben wolle. Wir geben diesen Bericht wieder, ohne uns auf seine Einzelheiten festzulegen.

Die Begründung der Anklage gegen die deutschen Heerführer.

Der französische Teil der Auslieferungsliste ist außerordentlich umfangreich. Er enthält nicht nur die Angaben der Auslieferungsgründe, sondern auch einen großen Teil des Beweismaterials, das die französische Regierung gesammelt hat: Aufgefundene deutsche Armeebefehle, Aussagen von Kriegsgefangenen, sowie die Aussagen der Bevölkerung befinden sich in den Anlagen der Liste. Die Anklagen gegen eine Anzahl deutscher Heerführer, so vor allem gegen Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff, sind sehr allgemein gehalten. Gegen Hindenburg wird vor allem eine Unterredung vorgebracht, die er im ersten Kriegsjahre mit einem Berichterstatter eines Berliner Blattes gehabt hat. Weiter wird ihm vorgeworfen, die Verwüstung des Sommegebietes zielbewußt herbeigeführt zu haben. Gegen Ludendorff wird ein Armeebefehl zitiert, in dem es heißt, daß die französische Bevölkerung zu den Arbeiten herangezogen werden müsse, und daß kein französisches Mädchen weniger arbeiten dürfe, als die zurückgebliebene Bevölkerung Deutschlands.

Besonders umfangreich gestaltet sich das Anklagematerial gegen den ehemaligen deutschen Kronprinzen und den Kronprinzen Rupprecht von Bayern. Dem deutschen Kronprinzen wird planmäßige Zerstörung einer ganzen Reihe von Dörfern vorgeworfen. Ferner die Anklage gegen den Kronprinzen Rupprecht bildet den wesentlichen Bestandteil ein Armeebefehl, in dem der Kronprinz seine Truppen angeblich auffordert, keine englischen Gefangenen mehr zu machen. Weiter werden gegen ihn Aufsagen der Bevölkerung hervorgehoben, aus welchen angeblich hervorgehen soll, daß er der Urheber des Brandes von Cambrai gewesen ist. Feldmarschall v. Mackensen wird von den Rumänen und Serben gefordert. General v. Kluck wird für Todesurteile gegenüber französischen Bürgern verantwortlich gemacht. Großadmiral v. Tirpitz steht wegen des uneingeschränkten U-Bootkrieges auf der englischen Auslieferungsliste. Der Name Häfeler bezieht sich nicht auf den toten Generalfeldmarschall, sondern auf einen Ulanenoffizier gleichen Namens. Für die französische Psyche ist es bezeichnend, daß bei einem Bismarck, dessen Auslieferung gefordert wird, als Berufsbezeichnung vermerkt steht: Enkel des Reichskanzlers.

Die Auslieferungsliste.

Die amtlichen Stellen in Berlin sind, wie uns berichtet wird, noch mit der Übersetzung des fast zweihundert eng geschriebene Schreibmaschinenseiten starken Schriftstücks über die Auslieferung beschäftigt. Es ist kaum anzunehmen, daß die offizielle Liste sehr bald veröffentlicht werden wird. Vorläufig wird nur festgestellt, daß der angeforderte Graf Bernstorff nicht mit dem Botschafter identisch ist. Ebenso ist ein Herr v. Trotha, der auf der Liste steht, nicht der Admiral v. Trotha, und der dort genannte Herr v. Haniel nicht der Unterstaatssekretär, sondern ein Oberleutnant. Die deutsche Regierung hält dabei erneut feststellen, daß die Grenzen, innerhalb deren ihr ein Entgegenkommen in der Auslieferungsfrage möglich ist, in der Note vom 25. Januar festgesetzt sind. Die Hauptsache ist dabei, daß die Deutschen nicht dem Zugriff der Entente ausgesetzt werden können. Deshalb wird Deutschland auch eine Verhandlung in Köln vor dem dortigen Gericht ablehnen. Auf einen weiteren Punkt wird noch aufmerksam gemacht: Herr Millerand teilt in seinem Begleitschreiben mit, daß es nicht die Absicht der Ententeregierungen sei, „die Verbrechen derjenigen zu amnestieren, die in den Listen nicht mit einbegriffen sind". Vielmehr behalten sich diese Staaten ausdrücklich das Recht vor, innerhalb ihrer Gebiete auch späterhin diese Verbrechen zu verfolgen. Das heißt also: Die Entente maßt sich das Recht an, auf ein Menschenalter hinaus jeden Deutschen, der sich zufällig nach Frankreich, England oder Italien verirrt, zu verhaften und nachträglich vor Gericht zu stellen wegen irgendeiner Tat, die er im Kriege begangen hat. Und das Ganze nennt man nachher Humanität!

In Regierungskreisen hat es überrascht, daß auch Belgien sich an der Auslieferungsliste beteiligt hat. Das steht in krassem Widerspruch zu dem deutsch-belgischen Finanzabkommen vom November vorigen Jahres, wobei die belgischen Unterhändler ausdrücklich erklärt hatten, daß die belgische Regierung auf die Auslieferung verzichte. Da diese formelle Zusage nicht innegehalten worden ist, hat der [illegible]

[illegible] nalität, da die Nationalität [illegible] den angeblich Herr [illegible] legt worden ist, ohne [illegible]

Zu [illegible] möglichkeit eines Kompromi[illegible] der „Deutschen Allgemein[illegible] daß die deutsche Regierun[illegible] nuar fest umschrieben [illegible] nen Grenze sei nämlich [illegible] Gericht in Köln einzusetze[illegible] all der Entente kommen. [illegible] Protest gegen den Vor[illegible] Regierungen die Verbrech[illegible], die in der beigefügten [illegible]

[illegible] 25.

[illegible] tshofs.

Am [illegible] zu einer neuen Sitzung [illegible] entgegengesehen wird un[illegible] tes der Schweiz in den [illegible] Neutralität entschieden [illegible] nc wichtige Probleme z[illegible] nach nichts werden [illegible] mit der Schaffung eines [illegible] wird. In Londoner u[illegible] ord Hirzen durch Balfour [illegible] bundesrat erteilt werden [illegible] Delegierte Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens und der Vertreter Belgiens und der griechische und brasilianische Gesandte in Paris teilnehmen. Die Schweiz entsendet den bekannten Staatsrechtslehrer Huber und den Bundesrat Abor zu den Besprechungen, um die schweizerischen Interessen zu wahren.

Aburteilung vor dem Völkerbund?

Mailand, 10. Febr. Der „Corriere della Sera" bringt eine Meldung eines Pariser Korrespondenten, wonach die Regierungsvertreter in der Botschafterkonferenz dahin übereingekommen seien, den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200211-10/fragment/page=0007